

Wichtiges Denkmal. Mit seinen 31 Meter Höhe greift es von der südlich von Leipzig gelegenen Anhöhe weit hinaus in die Landschaft. Es umfaßt 120 000 Kubikmeter Beton und 15 000 Kubikmeter Porphyrfesteine, die in drei Stunden entfernt liegenden Steinbrüchen gewonnen wurden. Sechzehnmal kam das Ruffhäuserdenkmal in dem Völkerschlachtdenkmal Platz finden, und fünfzehn Jahre wurde an ihm gearbeitet. Seine Herstellungskosten betragen 6 Millionen Mark. Deutscher Patriotismus und Opferstimm haben den Bau ermöglicht. Zu den Höhen des Völkerschlachtdenkmal zieht die breite Straße des Eisenbahnverkehrs vorüber, die den Norden Deutschlands mit dem Süden verbindet.

Sensitiv der Eisenbahn aber schimmert ein weites Ausstellungsgebiet mit großen und schönen Bauten. Das ist die internationale Bauausstellung. Die Anlage bietet einen schönen Anblick, die von dem Völkerschlachtdenkmal ihre symmetrischen Geleise empfangen hat. Nur nach Norden vom Denkmal aus hat sich die Stadt bis in seine nächste Nähe ausgedehnt. Sonst noch überall freies Feld und Gelände. Eine kluge Stadtpolitik aber beabsichtigt, die Entwicklung Leipzigs nach hier zu lenken, und sie stellt das Völkerschlachtdenkmal in den Mittelpunkt dieses Bestrebens. In großzügiger Weise beschloß sie die Anlage einer Prachtstraße, die geraden Weges vom Völkerschlachtdenkmal in die Stadt führt. Nach den ausgestellten Plänen wird dieser Stadtteil wohl der schönste von Leipzig werden. Straße des 18. Oktober wird ihr Name sein. In ihrem letzten Teil zieht sie in aufsteigendem Gelände über große Freitreppen und über eine breite, die Eisenbahn überquerende Brücke zum Denkmal hinan. Südlich, direkt an das Denkmal angrenzend, liegt der neue Südfriedhof mit einer architektonisch schönen Friedhofskirche mit Seitenhalle und Krematorium. Westlich vom Denkmal gelegen greift die im Entstehen begriffene Gartenstadt Marienbrunn herüber, die mit zur Bauausstellung gehört. So gestaltet sich die gesamte Umgebung zu einer ausgezeichneten Lage für die Ausstellung und eröffnet ein lebensvolles, zukunftsreiches Bild.

Die Straße des 18. Oktober durchschneidet die Ausstellung wie die Mitte eines Quadrats. Sie wird im rechten Winkel von der Hauptverkehrsstraße der Ausstellung, der Linden-Allee, gekreuzt. Straßen und Ausstellungsgebiete sind reich mit Bäumen und gärtnerischen Anlagen eingekamert.

Den Architekten war die Aufgabe gestellt, den Plan der Ausstellungsanlage, dem alles beherrschenden Völkerschlachtdenkmal mit seinen gesamten Anlagen pilgert einzugliedern. Das ihnen das gelungen ist, erkennt auch der Laie, es ist wirklich etwas Schönes. Diese Bauten mit ihren einfachen geraden Linien atmen Kraft und Schönheit. Gerade in ihrer Einfachheit liegt ihre Schönheit, die durch die Beherrschung der Fläche, ihrer architektonischen Einteilung, Leben empfängt. Das ist das sichtbare Ringen nach einem neuen, in seiner Grundform einheitlichen Stil, das durch die deutschen Baukunstbelehren in härtester Weise geht.

Aber über die Anlage selbst wollte ich ja noch nicht sprechen. Ich wollte zuerst noch einiges andere und etwas Allgemeines über die Bedeutung einer Bauausstellung sagen.

Zunächst noch einiges über Leipzig. Diese Stadt, die an Monumentalbauten bereits eine große Zahl aufweist, erzählt durch den neuen Hauptbahnhof eine hervorragende Bereicherung. Die gesamte Altstadt ist dadurch in Umbauung versetzt, überall begegnet man Durchbrüchen und Abbrüchen. Große Neubauten entstehen an Stelle der niederliegenden, und so hat Leipzig alles in allem gewonnen in den nächsten Jahren eine lebhafteste bauliche Entwicklung zu erwarten. Der neue Hauptbahnhof ist erst zur Hälfte fertiggestellt, aber bereits im Betrieb. Das Hauptgebäude erhält eine Straßenfront von 30 Meter Breite. Die Herstellungskosten dieses größten Bahnhofs Komplexes, ja fast der ganzen Welt, belaufen sich auf 135 Millionen Mark. Er wird auch einer der schönsten Bahnhöfe sein, die es auf der Welt gibt. Er ist ein Symbol der Entwicklung des deutschen Verkehrs, aber auch der hochentwickeltesten deutschen Technik und der Baukunst. Das und auf der Ausstellung in hundertmal kleineren Maßstab dargestellt wird, haben wir hier in unglücklicher Zeit überschauen und so auch das neue Rathaus, das Reichsgerichtsgebäude und andere.

Nun hat es sich selbstverständlich gelien, daß eine Bauausstellung das Interesse der im Baugewerbe Tätigen in ganz besonderem Maße beansprucht. Eine Vorstellung des eigenen Standes und Talents, ein Einblick in die eigenen Grenzen und Ziele hat immer etwas Empfindliches. Und so ist es geschehen in den einzelnen Gebäuden und Orten abgesehen, ist das Baugewerbe durch seine Besonderheit vielfach nach außen hin und nach innen hin, gewissermaßen, so-

halb es sich den Beschauern in konzentrierter und systematischer Uebersicht bietet. Erst nun bekommen sie einen Begriff über das Gewerbe in seinem Schaffen und Wirken, über seine wirtschaftliche und soziale Bedeutung. Wir sind der Ueberzeugung, daß dies von der Bauausstellung in Leipzig vollkommen erreicht wird. Den eigenen Berufsangehörigen dient sie der Förderung ihrer Berufsbildung. Hier erblicken sie alle Bahnen der Technik und Architektur und sind nun in die Lage versetzt, persönlich an sich zu prüfen, ob sie bisher in überlebten oder veralteten und wirtschaftlich unrationellen Formen sich bewegt. Das Praktische wird vom Unpraktischen unterschieden, ebenso das Schöne vom Unschönen. Der technische Fortschritt wird damit angeregt und der Kunstsinne gefördert. Daß der künstlerische Sinn in Deutschland sich so stark regt und nach Vollenbung drängt, ist besonders erfreulich. Es ist den Arbeitern durchaus nicht gleichgültig, welche Arbeiten sie auszuführen haben. Hochqualitative Arbeiten werden von den Tüchtigen immer bevorzugt, und daß die deutsche Bauarbeiterenschaft letzteres nicht wäre, wird niemand zu behaupten wagen. Aber auch die Ausführung qualitativ hochwertiger Arbeit wirkt bildend und erhöht das Selbstbewußtsein.

Sobiel an allgemeinen Bemerkungen. Die internationale Bauausstellung ist die erste ihrer Art. Gewiß haben wir hier und da kleinere Bauausstellungen gesehen, denen aber meistens nur ein rein geschäftliches Interesse zugrunde lag. In der Regel waren sie eine Schaustellung für neue, vielfach minderwertige Konstruktionen, insbesondere von Patentwänden und Gewölben. Gewiß liegen jeder Ausstellung auch geschäftliche Motive zugrunde. Die Leipziger Ausstellung aber will mehr sein, sie will eine objektive Darstellung des Baugewerbes in weitestem Sinne in seinem augenblicklichen Stande geben. Und noch mehr! Nicht bei der Technik will sie beharren bleiben, sondern auch seine soziale Einwirkung dartun. Denn letzten Endes dient doch alles den Menschen und ihrem Wohlbefinden. Die Einwirkung auf Leben und Gesundheit, auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, den technischen Fortschritt und künstlerische Bestrebungen. Um dies erreichen zu können, knüpft sie beim alten an, von der geschichtlichen Vergangenheit zur Gegenwart. Es muß konstatiert werden, daß derartige Spezialausstellungen den allgemeinen Ausstellungen vorzuziehen sind. Nur von ihnen ist eine Einwirkung in größerem Maßstabe zu erwarten, weil sie die Gedanken auf ein einziges Ziel konzentrieren und dies lückenlos ausfüllen. Es kann von vornherein gesagt werden, die internationale Bauausstellung in Leipzig ist eine große Tat, die bleibenden Wert hinterlassen wird.

Der Verband katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands

hielt am 18. Mai in Düsseldorf seinen neunten Verbandstag ab. Aus dem vom Verbandsekretär Weher erplattierten Jahresbericht entnehmen wir folgendes:

Die Zahl der Vereine stieg (nach vorläufigen Feststellungen) von 1041 auf 1114. Die Mitgliederzahl stieg von 188 964 auf 204 149. Der vorläufige Gewinn beträgt 15 185 Mitglieder. In den Altersverhältnissen der Arbeitervereinsmitglieder ist eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Der diesjährige Jahresbericht gewährt auch interessante Einblicke in die Berufsverhältnisse der Arbeitervereinsmitglieder. Gewerkschaftlich organisiert sind insgesamt nach den bisherigen Angaben 50 578 Mitglieder. Es muß berücksichtigt werden, daß eine Anzahl von Vereinen keine näheren Angaben über Organisationsverhältnisse gemacht haben. Auch kommen immerhin etwa 10 000 nicht organisationsfähige Mitglieder der Arbeitervereine in Betracht. Ueber das innere Vereinsleben ist folgendes zu berichten: Es fanden im verflochtenen Jahre 9382 Versammlungen statt, in denen 9318 Vorträge gehalten wurden. In den Unterrichtskursen wurden insgesamt 2355 Vorträge gehalten. Besondere Versammlungen für Frauen und Mädchen fanden 226 statt. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ zählt heute 190 000 Abonnenten. In den Vereins-Bibliotheken sind nach den vorliegenden Angaben 33 204 Bände vorhanden. Ein großer Teil der Vereine ist den örtlichen Borromäus-Bibliotheken angeschlossen. Aus der Kranken- und Sterbekasse „Sec“ Köln 41 712 M an die Arbeitervereinsmitglieder gezahlt. Die Vereinsparzellen weisen eine Gesamtsumme von 4375 857,95 Mark auf. In Gemeinderäten bzw. Stadtverordnetenkollegien sind heute 606 Arbeitervereinsmitglieder

Ein Deputat beauftragt die Gefahren der sozialdemokratischen „Vollkategorie“.

allen gelte es, überall die Beo-fasse einzuführen, das sei heute nicht mehr nur zu empfehlen, sondern erweise sich als dringende Notwendigkeit. Den Vereinen, die die Beo-fasse noch nicht eingeführt haben, wird zur Pflicht gemacht, innerhalb eines Jahres mit der Zentralsterbekasse „Sec“ behufs Einführung in Verbindung zu treten.

Arbeitersekretär Pfostermann (Dortmund) sprach über die gelben Gewerkschaften. Folgende Resolution fand hierzu einstimmige Annahme:

„Das Programm unserer Vereine, als einer aufstrebenden Ständebewegung, steht im schroffen Gegensatz zu dem wirtschaftlichen Programm der gelben Gewerkschaften. Daher können Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften keine Beziehungen irgendwelcher Zusammenarbeitens haben. Dem Programm unseres Verbandes entsprechen einzig und allein die christlichen Gewerkschaften, mit denen ihn Waffenbrüderschaft verbindet. Der Verbandstag legt daher den Vereinen die Beachtung folgender Mindestnormen auf: Angehörige der gelben Gewerkschaften sind im allgemeinen nicht als Mitglieder der katholischen Arbeitervereine aufzunehmen. Ausnahmen sollen nur dann gestattet sein, wenn die betreffenden Arbeiter prinzipiell auf dem Boden der christlichen Gewerkschaft stehen und nur infolge eines Terrorismus des Arbeitgebers dem gelben Verein beigetreten sind. Der Vorstand hat von Fall zu Fall zu prüfen, ob eine derartige „Dispens“ zu geben ist. Vereinsmitglieder, die nach ihrem Eintritt in den Arbeiterverein der gelben Bewegung beigetreten, sollen ausgeschlossen werden, falls nicht aus ganz triftigen Gründen Ausnahmen zu gestatten sind. Um den Ausschluss bewerkstelligen zu können, sind die Vereine gehalten, ihre Statuten dem Normalstatut des Westdeutschen Verbandes anzupassen.“

Seinen Standpunkt zur christlichen Gewerkschaftsbewegung legte der Verbandstag in folgender mit allseitiger Zustimmung angenommener Resolution nieder:

„Der neunte Verbandstag katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands weist die Verbände erneut und nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer weiteren Stärkung und Belebung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hin.

1. Noch dringt das sozialdemokratische Massenheer in Partei und Gewerkschaften zahlenmäßig vor. Mit diesem Vordringen aber steigert sich das Selbstgefühl und der Uebermut dieser Bewegung und wächst ihr Terrorismus gegenüber andersdenkenden Arbeitern auf den Arbeitsplätzen und im öffentlichen Leben. Der Gefahr, die daraus für die Arbeiterbewegung schlechthin wie für die gesamte Entwicklung unserer sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse entsteht, kann nur wirkungsvoll vorgebeugt werden durch eine starke, das Arbeiterinteresse ebenso klug wie energisch wahrnehmende christlich-nationale Arbeiterbewegung, wie sie die konfessionellen Arbeitervereine und christlichen Gewerkschaften darstellen.

2. Demgemäß sehen unsere katholischen Arbeitervereine als Ständebewegung ihre Aufgabe darin, die katholischen Arbeiter zu befähigen, sich als selbständigen, gleichberechtigten Stand in der bürgerlichen Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel wird in demselben Maße erreicht werden, in welchem es gelingt, daß die vielseitige Bildungsarbeit und alle praktischen Maßnahmen unserer Vereine getragen werden von der regen und ausdauernden Selbstbetätigung aller Mitglieder. Die treibende Kraft ihrer Ständebewegung kann nur das Vorwärtsdrängen der Arbeiter selbst sein.

3. Die christlichen Gewerkschaften haben zur Aufgabe die berufswirtschaftliche Vertretung der Arbeiterinteressen. Ihre Förderung ist um so dringender notwendig, je größer der Vorsprung der sozialistischen Gewerkschaften vor den christlichen Berufsverbänden ist, je mehr sich die sozialistischen Gewerkschaftsverbände zu mächtigen Industrieverbänden zusammenballen, je rücksichtsloser sie auftreten in der Bedrückung der Andersorganisierten. Dieser sozialistische Terrorismus kann nur überwunden werden durch die organisierte Gegenwehr starker christlicher Gewerkschaftsverbände in allen Berufs- und Ständebereichen.

Schon die heranwachsende Arbeiterjugend muß den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden, zumal die sozialdemokratischen Verbände sich den gewerblichen Nachwuchs zu sichern suchen durch Einrichtung von sogenannten Lehrlingsabteilungen.

4. Unermüdbare Verbearbeitung für die christlich-nationale Arbeiterbewegung muß deshalb die Lösung sein für alle Vereine und ihre Mitglieder im Verbands-katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands. Auf den Gruben, in den Werkstätten und Fabriken, auf den Bauern und anderen gewerblichen Betrieben muß jeder einzelne die allgemeine Sache der christlichen Arbeiter als die seinige betrachten. Alle unsere Arbeit gilt dem weiteren unget-

hinteren Aufschlag eines freien selbst- und pflichtbewußten Arbeiterstandes.

Ein Referat des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Dr. Müller forderte die Einbeziehung der Arbeiterjugend und der Arbeiterfrauen in die Ständebewegung der katholischen Arbeitervereine. Die vom Referenten hierzu vorgelegten Leitsätze wurden angenommen.

Einige weitere Anträge bezogen sich auf den weiteren Ausbau der Verbandsorganisation. Der Antrag des Verbandsausschusses: Schaffung eines Verbandsvorstandes, wurde angenommen.

Es wurde noch beschlossen, den Verbandstag in Zukunft nur alle zwei Jahre und möglichst auch Pfingsten abzuhalten. Der nächste Verbandstag findet Pfingsten 1915 statt.

Handwerk und Industrie.

Als der Großbetrieb aufkam und rasch an Boden gewann, glaubte man ziemlich allgemein, damit sei der Anfang vom Ende des Klein- (Handwerks-) Betriebs gekommen. Schon der wirtschaftlichen Gesetze hat man für selbstverständlicher gehalten als dieses. Karl Marx hat es in seiner Akkumulations- (Anhäufungs-) und Konzentrations-theorie wissenschaftlich zu begründen versucht, und im Erfurter Programm, der theoretischen Grundlage der Sozialdemokratie, ist es dokumentarisch niedergelegt. Dort heißt es kategorisch: „Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes“ und: „Hand in Hand mit dieser Monopolisierung (der Produktionsmittel in Händen einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Grundbesitzern) geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe...“ Und noch 1904 ließ Kautsky, der Nachfolger Marx' als Parteitheoretiker, die Theorie von der Konzentration des Kapitals, die „mit Naturnotwendigkeit“ zum Untergang des Klein- und Mittelbetriebes führen sollte, bestehen. „Nur in einem Punkte,“ sagte er, „mußte ich das in früheren Auflagen Gesagte etwas einschränken: in den Erwartungen über den Rückgang des Kleinbetriebs in der Landwirtschaft. Die Auflösung des bäuerlichen Kleinbetriebs vollzieht sich in den letzten zwei Jahrzehnten nicht so rasch wie ehemals (in Wirklichkeit gar nicht), stellenweise gewinnt dieser sogar an Boden. Das lag 1892 noch nicht so klar zutage. Hier mußte ich mich jetzt reservierter ausdrücken als damals. Das ist aber auch alles. Es liegt nicht der geringste Grund vor, an Stelle der alten eine neue, gegensätzliche Tendenz auf Verdrängung des Großbetriebs durch den Kleinbetrieb in der Landwirtschaft anzuerkennen.“

Demgegenüber verdienen die Darlegungen eines Verfassers, eines Handwerkskammerpräsidenten, über das Verhältnis zwischen Kleinbetrieb und Großbetrieb, oder, wie er's enger umschreibt, zwischen Handwerk und Industrie, besondere Beachtung. Es ist der Syndikus der Düsseldorfer Handwerkskammer, Dr. Joseph Wilden, der in der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“ eine Reihe Gedanken zu diesem Thema zur Erörterung stellt. Und interessanter hier besonders jene, die sich mit dem „Umschwung“ von der Vernichtung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb befassen. Dazu sagt er:

„Zweifellos ist es (der Satz von der Vernichtung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb) insofern richtig, als unsere Volkswirtschaft die hierzu zum Ausdruck gebrachte Entwicklungstendenz hat. Das Handwerk „alten Stils“ mit seiner veralteten Technik und seinen völlig unzureichenden Betriebsformen ist freilich dem Untergange geweiht. Unabänderlich hat es dem Großbetrieb weichen müssen auf dem Gebiet, wo es gilt, Massenenerzeugnisse herzustellen, die nicht einem bestimmten persönlichen Geschmack oder Bedarf dienen und die der Maschinenbetrieb viel weniger kostspielig und doch für ihre Zwecke ganz gut herzustellen vermag. Offenbar hat der Großbetrieb sodann einzelnen Handwerkszweigen den Boden zu einem lebensfähigen Dasein abgeengt (Kleider-, Schuh-, Möbelherstellung). Schließlich haben Veränderungen der Mode und des Bedarfs dieselbe Wirkung teils dauernd, teils vorübergehend gehabt. Aber diese Beispiele rechtfertigen durchaus nicht einen Schluß auf die Verdrängung des Handwerks überhaupt. Denn wenn auch die neuere wirtschaftliche Entwicklung dem Handwerk tiefe Wunden geschlagen hat, so ist sie ihm keineswegs nur ungünstig gewesen; im Gegenteil, sie hat ihm auch wieder neue Daseinsmöglichkeiten erschlossen und die vorhandenen mehr oder weniger erweitert. Ja, es sind sogar infolge der fortschreitenden wirtschaftlichen Entwicklung ganz neue Handwerkszweige entstanden, die immerhin den

Verlust auf der anderen Seite wieder einigermaßen weit machen. Von einem Niedergang des Handwerks ohne jede Einschränkung kann daher nicht gesprochen werden; wohl aber von einem Umwandlungsprozess, den es durchmacht, einem Prozess, dem schon zahlreiche Handwerker, ja, ganze Handwerkszweige zum Opfer gefallen sind, andere zum Opfer fallen können, aus dem aber auch neue hervorgegangen sind, der sogar einzelnen Handwerklern zum Sprungbrett eines kräftigen wirtschaftlichen Aufschwunges geworden ist.

Die neue Gestaltung des Handwerks ist ungemein stark, vielleicht sogar am meisten beeinflusst worden von der Industrie; doch durchaus nicht immer zerstörend und vernichtend, sondern auch aufbauend und fördernd. Vielleicht sogar ist es nicht zu viel gesagt, wenn man gewisse Fortschritte des Handwerks in Zusammenhang bringt mit der gewaltigen Entwicklung der Industrie. Was bedeutet z. B. das Nahrungsmittelgewerbe ohne die Industrie mit ihren Maschinenmassen? Wo sollten unsere zahlreichen Bäcker, Konditoren, Brauer, Brenner und Fleischer hin, wenn es keine Industrie gegeben gäbe, wo sie stets Absatz für ihre Erzeugnisse und ihre Waren hätten! Nicht anders steht es um die Barbier-, Schneider-, Schuhmacher- und nun erst das Baugewerbe. Wenn es gegen früher einen Aufschwung genommen hat, kann nur infolge der starken Industrialisierung mancher Gegenden, die das Bedürfnis zur Errichtung und Ausstattung von Wohn- und Arbeitsräumen gewaltig vermehrte, dem Maurer, Zimmerer, Dachdecker, Anstreicher, Schreiner reichliche Gelegenheit zu lohnender Arbeit verschaffte. Freilich hat innerhalb der heutigen Volkswirtschaft mit dem überragenden Einflusse der Großindustrie das Handwerk nicht mehr die ausschlaggebende Bedeutung, wie zur Zeit der Zünfte. Es ist ganz in die Stellung eines Mitgliedes gerückt worden. Das hat aber seiner Wichtigkeit durch aus keinen Abbruch getan; im Gegenteil ist gerade darum bei den heutigen Verhältnissen seine wirtschaftliche und politische Bedeutung besonders groß. Keinesfalls läßt sich aus dieser Tatsache ein Grund herleiten, das Handwerk gegen die Industrie auszuspielen.“

Dr. Wilden überflieht nicht die „unfangbaren Gegensätze“, die zwischen Handwerk und Industrie bestehen. Demgegenüber betont er die Fäden, die die beiden überall wieder verbinden. „Hier bietet die Industrie dem Handwerk Gelegenheit zur Entwicklung, zu neuen Absatzmöglichkeiten; dort bezieht das Handwerk von der Industrie Rohstoffe und Halbfabrikate, die es verarbeitet und gebrauchsfertig macht, sowie Maschinen und Werkzeuge, deren es zu seiner Arbeit bedarf.“

Diese Gedanken treffen durchweg das Richtige. „Nicht Vernichtung, sondern Umwandlung“, damit dürfte in der Tat die bisherige und die weitere Entwicklung des Handwerks am treffendsten charakterisiert sein.

Uebrigens tut auch die amtliche Statistik unwiderleglich dar, daß von einer Vernichtung des Kleinbetriebs eigentlich nicht die Rede sein kann. Wichtig ist allerdings, daß die Kleinbetriebe, d. h. also solche, in denen der Handwerker allein ohne Gehilfen und ohne Motoren arbeitet, stark zurückgegangen sind. Dagegen hat die Zahl der Betriebe mit 1-5 Personen fortwährend zugenommen, ebenso die Zahl der Betriebe mit 5-10 Personen, also der Gehilfenbetriebe. Wir zählten 1,004 Millionen, 1907 1,682 Millionen. Betriebe mit 6-50 Personen, also Mittelbetriebe, wurden 1882 112 000, 1907 dagegen 276 000 gezählt. Die entsprechende Personenzahl in diesen Betrieben betrug für die erstere Gruppe 2,457 Millionen in 1882, 3,919 Millionen in 1907. Für die zweite Gruppe (Betriebe mit 6-50 Personen) 1,392 Millionen in 1882 und 3,039 Millionen in 1907. Für das Jahr 1907 ergab die Betriebszählung 14,4 Millionen Erwerbstätige in Industrie, Handel und Verkehr und in der gewerblichen Gärtnerei und Fischerei. Von diesen 14,4 Millionen entfallen 9 Millionen Personen auf die Klein- und Mittelbetriebe bis zu 50 Personen und 5,4 Millionen auf Großbetriebe mit mehr als 50 Personen. Bei den letzteren wird man beachten müssen, daß die Grenze nach unten hin recht weit gezogen ist. Es wird wohl manchen Betrieb mit über 50 Personen geben, der doch durchaus alle Merkmale des Handwerksbetriebs aufweist, wie man überhaupt noch nicht eine klare Grenze zwischen Großbetrieb und Handwerksbetrieb festzulegen vermocht hat.

In D a h e r n haben sich die Klein- und Mittelbetriebe wie folgt entwickelt: Es nahmen 1895-1907 zu die Kleinbetriebe um 21 084 = 73,0 Prozent, die Mittelbetriebe um 6782 = 23,5 Prozent, die Großbetriebe um 1033 = 3,5 Prozent. Dagegen kommt die Vermehrung des Gewerbestandes natürlich in stärkerem Maße auf Groß- und Mittelbetriebe. Dasselbe vermehrte sich 1895 bis 1907 im Kleinbetrieb um 20,9 Prozent, im Mittel-

betrieb um 29,9 Prozent, im Großbetrieb um 40,2 Prozent. Merkwürdigerweise zeigen die stärkste Personalvermehrung die Betriebe mit 2 Personen, dann die mit 201-500 Personen. Die Kleinbetriebe haben seit 1895 an Zahl und Gewerbestandes stärker zugenommen als 1892-1895, die Mittelbetriebe nicht so stark.

Zebenfalls — das zeigen die vorstehenden Zahlen — kann von einer allgemeinen Auflösung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb keine Rede sein. Damit mag sich auch „Sich Berlin“ trösten, der, wie wir in letzter Nummer der „Baugewerkschaft“ sahen, die groteske Verdrängung hegt, der „kapitalistische Konzentrationsprozess“, das heißt also die Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe, könnte durch Streiks herbeigeführt werden!

Christlich-nationale Arbeiterschaft und das Regierungsjubiläum des Deutschen Kaisers.

Der Deutsche Kaiser hat bekanntlich schon vor längerer Zeit den Wunsch ausgesprochen, daß persönliche Geschenke gelegentlich seines Regierungsjubiläums ihm nicht gemacht, dafür vielmehr je eine Sammlung unter den Angehörigen der beiden großen Religionsgesellschaften, für die evangelischen und katholischen Missionen durchgeführt werden solle. Den deutschen Städten und Gemeinden wurde nahegelegt, daß etwaige vorgelegene Aufwendungen bei dem bezeichneten Anlaß sozialen Förderzwecken zugewendet werden sollten. Das ist denn auch geschehen. Die Jubiläumsgeschenke, die in den Tagen vom 14. bis 16. Juni sich abwickelten, bestanden daher in der Hauptsache darin, daß seitens der verschiedensten Gruppen dem Deutschen Kaiser unzählige Glückwünsche und Briefe überbracht wurden. Auch die christlich-nationale Arbeiterschaft war unter den Deputationen vertreten, die im Berliner Kaiserhof die Glückwünsche überbrachten und die Adressen überreichten. Neben dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine und dem Kartellverband der katholischen Arbeitervereine ließ auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine künstlerische Adresse herstellen. Die Uebersendung der drei Adressen erfolgte durch eine Deputation, die sich aus den beiden Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterkongresses Behrens und Stegerwald, und den Herren Walter D. Weber (M.-Gladbach), Kirru (Frankfurt), Dr. Pieper und Giesberts (M.-Gladbach) zusammensetzte.

Die Adresse des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften macht äußerlich einen einfachen, aber gebiengen Eindruck. Die Mappe ist mit einem schweineledernen Bezug versehen, der auf der vorderen Seite durch eine zirka 15 Zentimeter (Durchmesser) große Nubelreihung unterbrochen ist. Auf dieser ist in hochgelegter Lederarbeit ein Vorderkranz mit der Zahl 25 angebracht. Ueber der tiefliegenden Einlage ist eine silberne Kaiserkrone aufgelegt. Im Innern der Mappe ist auf der linken Seite eine allegorische Darstellung und auf der rechten Seite der Christ- und die Adresse angebracht. Beide Seiten sind in feinem Aquarellmaler mit köstlichen Farben ausgeführt. Die Abbildung auf der linken Seite zeigt im Hauptfeld einen herkulisch gebauten Arbeiter, der in der rechten Hand einen schweren, mit den Landesfarben geschmückten Hammer hält und mit der linken Hand einen Silberkranz darreicht. Das Fundament, auf dem er steht, bilden eine Menge Pfähle, die durch einen starken eisernen Ring zu einem festen Block zusammengehalten werden. Eine Inschrift auf dem Ring lautet: Einig, Christlich, National. Das Ganze ist von einem wildbraunen Meer umgeben, dessen Wogen an dem Pfahlblock zerschellen. Wie der Pfahlblock den Zusammenstoß der einzelnen Berufsverbände im Gesamtverband zum Ausdruck bringt, so verkörpert die markige Arbeiterfigur die deutsche Arbeit, die auf christlich-nationalem Boden steht. Wenn auch die Wogen einer aufkämpfenden Welt sie rings umgeben und die brechenden Wellen drohend zu ihr emporzischen, sie hat einen festen Halt gegen die Anstürme von allen Seiten in dem unerschütterlichen Fundament der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Hoch aufgerichtet, den Blick in die Ferne gewandt, steht sie da, eine mächtige Erscheinung, die ihrem obersten Landesherren zum Jubelbeste den Silberkranz darbietet. Die ganze Darstellung ist von der aufgehenden Sonne beleuchtet; die ein eigenartig reizvolles Farbenspiel hervorruft. Unter dem Hauptfeld ist auf dunklen Grund in Silber die Ziffer 25 angebracht. Um sie herum sind in zwei mit Früchten und Blüten besetzten reich beladenen Gaskörnen. Darunter als Mahnwort: „I. R. W. U.“ handelt, der Reichsarbeiter mit der Aufschrift: „I. R. W. U.“ Diese Zusammenstellung will hinweisen auf den 25-jähr-

rigen Frieden und die unentwegte Entwicklung unserer Vaterlandes während der Regierung des jetzigen Kaisers, Wilhelm II. Die rechte Seite zeigt auf einer im Halbton gehaltenen Blätterumrahmung, in origineller Art dargestellt, die Embleme der einzelnen Berufsverbände. Den Kopf des Randes ziert eine farbenprächtige Wiedergabe des Schlosses Hohenzollern. Auf leichtgeprägtem Untergrunde ist in moderner Steilschrift der Text der Adresse eingedruckt. Derselbe lautet:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster Kaiser!
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Wir Kaiserlichen Königl. Majestät nahen sich die Vertreter von 360 000 in den christlich-nationalen Gewerkschaften organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen mit den aufrichtigsten Glückwünschen zu Allerhöchst Ihrer Jubelfeste.

Das Vierteljahrhundert Allerhöchst Ihrer Regierung bedeutet für das deutsche Wirtschaftsleben einen Zeitabschnitt ungeahnt glänzender Entwicklung. Unter Ew. Majestät Friedenszepter feierte die deutsche Arbeit gewaltige Triumphe auf dem Kampffelde des Weltmarktes. getragen von dem steigenden Wohlstand im Vaterlande entfaltet sich Erfindungsgeist und Kunstsinne, um in zähen, erfolgreichen Ringen den heimischen Erzeugnissen einen bedeutenden Platz in den Ländern und auf den Meeren des Erdballs zu sichern. Neben diesen großen Errungenschaften einhergehend ist unter Ew. Majestät Regierung auch der Lage der wirtschaftlich Schwächeren stets warme Sorgfalt zugewandt worden. Ganz besonders schätzen es die christlich-national gesinnten Arbeiter, daß ihnen die Gesetzgebung behilflich ist, wenn durch Krankheit, Invalidität und Alter die Kraft zu eigenem vollem Schaffen verjagt. Die in den christlich-nationalen Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen halten unerbittlich an der Ueberzeugung fest, daß in entscheidenden Fragen alle Glieder des deutschen Volkes, ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung, geschlossen zusammenstehen müssen. Sie werden wie früher so auch in der Zukunft zu ihrem Teil daran mitwirken, daß die Freude am deutschen Vaterlande und die Treue zu Kaiser und Reich auch in der deutschen Arbeiterenschaft sich ständig mehrt.

So ersuchen wir am heutigen Jubeltage auf Ew. Majestät und das gesamte Kaiserhaus Gottes reichsten Segen, auf daß noch viele, viele Jahre lang Ew. Majestät zuger Geist und entschlossener Wille das deutsche Volk durch alle staatlichen und sozialen Hindernisse hindurch zu weiterer arbeitsreicher Wirksamkeit geleiten möge.

Ew. Kaiserlichen Königl. Majestät
Allerdurchlauchtigster Kronprinz

Vorstand des
Gesamtvorstandes der christlichen Gewerkschaften
Deutschlands.

Allgemeines.

„Die die Sozialdemokratie Arbeiter brotlos macht.“ In der vorigen Nr. der „Dargestellte“ teilten wir unter der Überschrift „Die die Kirche Arbeiter brotlos macht“ Vorgänge aus Köln mit, wo man unsere örtliche Verbandleitung beschuldigte, sie habe an einem kirchlichen sozialdemokratischen Arbeiter aus der Arbeit gedrängt. Die Beschuldigung betrafte, wie die Feststellungen ergeben, auf einer völligen Umkehrung der Tatsachen. Wir waren aber heute einen Fall mitgeteilt, der zeigt, wie die Sozialdemokratie Arbeiter brotlos macht. Dieser Fall hat gegenüber dem Kölner oberdem den Vorzug, daß er auf Tatsachen beruht, wie aus der folgenden Zeitschrift genügend hervorgeht. Die Zeitschrift, die uns aus Hannover jagt, hat folgenden Wortlaut:

„Der Konsumverein in Hannover hat sich in Rücksicht auf eine Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeiter sind an den Maurermeister Stille herüber mit der Bedingung, nur Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu beschäftigen. Stille hatte die Beschäftigungsarbeiten an einem Schachtmeister vergeben. Dieser sollte selbständig Arbeiter ein, u. a. auch den Bauarbeiter Hartleib, der aber Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes war. Nachdem der Mann einige Tage gearbeitet hatte, wurde er entlassen mit der Begründung, daß der Maurermeister Stille den Schachtmeister angeheulert hätte, alle die Leute zu entlassen, die nicht Mitglieder der sozialdemokratischen Gewerkschaft seien. Dem Bauarbeiter Hartleib wurde auch von dem Schachtmeister folgende Beschuldigung ausgesprochen:

„Bauarbeiter Hartleib habe in entlassen, weil er Mitglied der freien Gewerkschaft nicht angehört, was die Leitung des Maurermeisters Stille.

Hannover, den 12. Juni 1913.

K. D. B.

Interessant wird die Sache aber noch dadurch, daß Hartleib schon sieben Jahre Mitglied des Konsumvereins ist, an dessen Neubau er nicht arbeiten durfte. Er hat auch wohl an dessen Neutralität geglaubt, dieser Glaube ist ihm jetzt aber stark genommen worden. Hartleib beschwerte sich dann bei der Leitung des Konsumvereins über eine solche Behandlung. Der Geschäftsführer wollte ihn rufen und erklärte ihm, daß an dem Neubau nur Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften beschäftigt werden dürften.

Zeigt nicht ein solches Vorgehen zu deutlich, daß auch diese Konsumvereine die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen? Wirkt es nicht wie bitterer Hohn, daß Hartleib gut genug war, jahrelang seine Beiträge an den Konsumverein zu zahlen, aber nicht das Recht hatte, an dessen Neubau Arbeit zu finden? Dennoch gibt es noch immer Arbeiter, wie auch andere Personen, die auf christlichem oder nationalem Boden stehen, aber dennoch Mitglieder der roten Konsumvereine sind.

Das Verhalten des Maurermeisters Stille kann ebenfalls nicht genug gebrandmarkt werden. Stille ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes, mit dem der christliche Bauarbeiterverband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, nach dem Entlassungen wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation nicht stattfinden dürfen. Stille hat somit einen glatten Tarifbruch begangen. Man muß aber die Frage aufwerfen: Haben die Organisationen der Arbeitgeber und des Mittelstandes überhaupt noch das Recht, gegen den Druck der Sozialdemokratie und die Errichtung von Konsumvereinen zu wettern, wenn ihre Mitglieder selbst zur Unterstützung der sozialdemokratischen Einrichtungen die Hand bieten?

So weit die Zeitschrift.

Es ist notorisch, daß in sozialdemokratischen Betrieben, zu denen wir auch die Einrichtungen der „freien“ Gewerkschaften und der Hamburger Konsumvereine rechnen, christlich organisierte Arbeiter nicht beschäftigt werden. Man nenne uns die Partei- oder Gewerkschaftsdrucker oder den Konsumverein, wo sich solche finden. Gibt's einfach nicht. Nicht anders ist es beim Bau dieser Anlagen. Nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter werden beschäftigt; das gilt dort als die selbstverständliche Sache von der Welt. Insofern sagt der in der obigen Zeitschrift geschilderte Fall nichts Neues. Er ist einer, vielleicht der neueste, von der Region gleicher Fälle. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, wird man unseren Kölner Kollegen vollkommen recht geben, wenn sie die von den dortigen „Genossen“ gegen sie erhobene Anschuldigung eine Unverschämtheit nannten.

Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat an Bundesrat und Reichstag eine Eingabe gerichtet, worin beantragt wird, bei der geplanten reichsgesetzlichen Regelung des Submissionswesens auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen. Dies soll darauf gehen, daß die öffentlichen Arbeiten möglichst in die geschäftstoteste Zeit und in die Perioden größter Arbeitslosigkeit verlegt werden. Die Vergebung der öffentlichen Arbeiten und ihr Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird neben der Arbeitslosenversicherung, der Verbesserung der Arbeitsvermittlung, der Frage der internationalen Wanderungen usw. auch auf der im September dieses Jahres in Gent stattfindenden 1. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erörtert werden.

Nachklänge zur Meubener Metallarbeiterausbeuerung. Vor dem Schöningergericht Essen kam am 6. Juni eine Privatbeleidigungsklage des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsbeamten Hoffmeister (Hieslöh) gegen den Bezirksleiter Hirtstetter vom christlichen Metallarbeiterverband (Essen) zur Verhandlung. Hoffmeister hatte gegen Hirtstetter Klage angehängt, weil dieser den Kläger in einer öffentlichen Versammlung einen Arbeiterverräter genannt hätte. Hirtstetter hatte Gegenklage erhoben wegen mehrerer Beschimpfungen in Flugblättern, die von Hoffmeister herausgegeben waren. Der Beklagte Hirtstetter konnte in der Verhandlung den Nachweis führen, daß Hoffmeister in einer Versammlung vor Ausbruch des Kampfes in Meubener sich geäußert hatte, im Falle eines Streiks werde er seine Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu verrichten. Bei einem inzwischen erfolgten Beileidigungsprozeß, den Hoffmeister gegen den christlichen Verbandsbeamten Steinacker (Meubener) angehängt hatte, wurde der letztere auf Grund der vorliegenden Tatsachen freigesprochen. Die Gerichtsverhandlung in Essen eroberte ebenfalls damit, daß der christliche Gewerkschaftsbeamte Hirtstetter freigesprochen, der Privatkläger Hoffmeister aber wegen Beleidigung in zwei Fällen zu 60 Mark Strafe und zur Erstattung sämtlicher Kosten verurteilt wurde. Durch das Ergebnis der beiden Gerichtsverhandlungen ist das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes bei dem schweren Arbeitskampf in Meubener öffentlich gekennzeichnet.

Hirsch-Dunderjohanne Gewerkschaft oder liberaler Arbeiterverein. In den hohen Senats der freien und Hansestadt Lübeck wurde kürzlich von Arbeiterseite eine

Eingabe gerichtet, worin um die Errichtung einer kommunalen paritätischen Arbeitsnachweisanstalt gebeten wird. Sonderbar ist, wie seitens der Petenten Hirsch-Dunderjohanne Gewerkschaft und liberaler Arbeiterverein verneint werden. Auf Seite 3 der Eingabe heißt es: „Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunder) richtet deshalb als Mitvertreter der auf bürgerlicher Grundlage stehenden Arbeiter- und Angestelltenvereine die bringende Bitte an den hohen Senat...“ usw. Am Schluß der Eingabe, Seite 4, heißt es noch einmal: „Der Verein liberaler Arbeiter und Angestellten für Lübeck und Umgegend (der Ortsverband der deutschen Gewerksvereine Hirsch-Dunder) in Lübeck hofft nach diesen Darlegungen zusehends darauf, daß seine Bitte seitens des hohen Senats geneigtest entprochen wird.“ Die Fassung dieser Eingabe läßt keinen anderen Schluß zu, als daß sich die Hirsch-Dunderjohanne Gewerksvereine in Lübeck nur als eine Unterabteilung, als ein Anhängsel, des Vereins liberaler Arbeiter und Angestellten betrachten. Ein neuer Beweis für die parteipolitische „Neutralität“ der Hirsch-Dunderjohanne Gewerksvereinsrichtung.

Aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung.

Die Sozialdemokratie macht immer größere Anstrengungen, um die heranwachsende Jugend für ihre Bewegung zu gewinnen. Wie die Generalkommission der sozialdemokratischen Jugendbewegung in ihrem Jahresbericht für 1912 („Correspondenzblatt“ Nr. 18, 1913) mitteilt, hat diese Agitation bedeutliche Erfolge aufzuweisen. Die Mitglieder der radikal redigierten „Arbeiter-Jugend“ ist demnach von 80 086 auf 90 000 gestiegen. Es bestehen in 637 Orten sogenannte Jugendauschüsse, gegen 574 im Jahre vorher. Bekanntlich ist von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften eine gemeinsame Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands eingerichtet, die sich ausschließlich mit agitatorischen Aufgaben beschäftigt. Von dieser Zentralkasse wurden 10 Flugblätter in 69 100 Exemplaren verbreitet, eine Agitationsbrochure „Wohlst du zu uns“ in 23 575, das Jugendliederbuch in 22 232, und der Jugendalmanach „Jung Volk“ in 27 120 Exemplaren. Außerdem wurde noch eine antimilitaristische Tendenzschrift als Volksausgabe in 20 000 Exemplaren (je 30 Pf.) unter der Jugend abgesetzt. Die Jugendzentralkasse hat ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung von Funktionären für die sozialdemokratische Jugendbewegung gelegt. Es wurden sogar eigene Kurse zu diesem Zweck abgehalten, um neuen Nachwuchs an Agitatoren heranzubilden. Wenn man sich vergegenwärtigt, von welchem Verste die ganze sozialdemokratische Jugendbewegung geleitet wird, dann muß diese Vorkarbeit alle staatsbehaltenden Kreise zur energischen Gegenarbeit anspornen. Es ist besonders hervorzuheben, daß die sogenannte „freie“ Gewerkschaftsbewegung ihre wirtschaftlichen Forderungen und Forderungen als Anziehungspunkt für die Gewinnung der Jugend benutzt und auch auf diesem Gebiete sich als Fortreiber der politischen Sozialdemokratie bewährt. Demgegenüber muß darauf gefordert werden, daß die heranwachsende Jugend schon jetzt der christlich-nationalen Arbeiterbewegung — formlosen Jugendvereinen und christlich-nationalen Gewerkschaften — zugeführt wird. Alle anderen Gegenmaßnahmen werden auf die Dauer ohne Erfolg bleiben.

Lohnkampf und Boykott in den Emmericher Margarinefabriken.

Der Streik in den Emmericher Margarinefabriken zieht sich nun bereits in die siebente Woche hinein. Der Boykott hat bereits auf der ganzen Linie eingesetzt und beginnt die Firma auch, die Wirkungen schon zu spüren, weshalb sie in Erklärungen und Verzichtserklärungen ihr Heil sucht. Nach einer dieser Erklärungen, die sich die Firmen sogar noch notariell haben beglaubigen lassen, sollen die Arbeiter vor dem Streik einen Durchschnittslohn von 20,70 M verdient haben. Weis der Stamme, was man dem Herrn Notar für eine Berechnung vorgelegt hat. Tatsache ist, daß der Durchschnittslohn der Arbeiter nur 17,50 M betrug. Nicht ein einziger der am 6. Mai in Streik getretenen Arbeiter hatte 20,70 M. Wie unhaltbar die Erklärung der Firmen ist, geht schon daraus hervor, daß die Arbeiter nur einen Mindestlohn von 21 M fordern. Hieraus ist wohl zu ersehen, was von den Erklärungen der Firmen zu halten ist. In die Arbeiterenschaft der übrigen Betriebe ergreift auch fernerhin die Welle, den Boykott straff durchzuführen. Es darf so lange keine Margarine von den Firmen Dr. Nag Boemer und van Rossum gekauft werden, bis die berechtigten Forderungen der Arbeiterchaft anerkannt sind.

Kriegervereine und Volksversicherung.

Zu der in dieser Angelegenheit in der vorigen Nummer veröffentlichten Berichtigung des Vorstandes des Deutschen Kriegerbundes äußert sich unser Gewährsmann noch in folgender Weise:

Zu 1. Der Kriegerbund für Bayern und der für Hessen haben schon vor längerer Zeit Verträge mit der „Friedrich Wilhelm“ abgeschlossen. Der Württembergische Kriegerbund verhandelt zurzeit wegen Abschluß eines Vertrages. Wenn also, wie zugestanden, der Deutsche Kriegerbund nunmehr auch mit der „Friedrich Wilhelm“ in ein Vertragsverhältnis eintritt, so ist damit im wesentlichen der ganze Ausschlußvertrag an die „Friedrich Wilhelm“ angehängt. Darauf kommt es auch weniger an, ob nun der Ausschlußvertrag als solcher oder die nachgeordneten Landesverbände im einzelnen die Verträge abschließen.

Zu 2. Es ist doch sehr verwunderlich, daß die Berichtigung unterzeichnet wird zwischen einem Beamten der „Friedrich Wilhelm“ und einem Vorstandsmitglied der „Friedrich Wilhelm“. Und ist bekannt, daß einer der be-

teiligsten Herren, Dr. Friedrich, allerdings vorher nur
 Dolmetscher bei der „Friedrich Wilhelm“ war und dann
 zweifellos durch den Einfluß des Direktors Böwinger
 und des Direktors Dr. Liebetanz in der Verwaltung der
 Sterbefasse des Kriegerbundes angestellt worden ist.
 Zu 3. Der Umstand, daß die „Friedrich Wilhelm“
 in dem Augenblick, wo sie sich auflöst, die Sterbefasse des
 ganzen Kriegerbundes zu übernehmen, einen Organisa-
 tionsfonds von 1 Million Mark auswirft, läßt die Schluß-
 folgerung sehr nahe liegen — namentlich wenn man etwas
 von den Praktiken in Versicherungsgeschäften kennt, —
 daß davon auch eine Abfindung an die Verwaltung des
 Deutschen Kriegerbundes gezahlt werden sollte. Dagegen
 wäre an sich nichts zu sagen. Da aber in der Bericht-
 gung eine solche Abfindung in Worte gekleidet wird, so
 drängt sich die Frage auf, welche Gegenleistung denn die
 „Friedrich Wilhelm“ dem Deutschen Kriegerbund bietet
 für das Geschäft, das sie zweifellos mit der Übernahme
 der Fasse macht. Die Mitglieder der Kriegervereine haben
 ein begreifliches Interesse daran, in der Angelegen-
 heit klar zu sehen.
 Im übrigen können wir uns dem von der Re-
 daktion in der vorigen Nummer Gesagten nur anschließen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: **Mülheim-Ruhr** (Sperrung über die
 Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtannahme des
 Tarifs), **Gelsenkirchen** (Gelsenleger) (Sperrung über die Firma
 Hannebed & Co.), **Bielefeld**, **Essen** (Sperrung über die Firmen
 Hannebed jr. und sen. wegen Maßregelung), **Witten** (Sperrung
 über den Baumunternehmer Ruppmann wegen Nicht-
 annahme des Tarifvertrages), **Düsseldorf** (Ueber die
 Firma Häuser ist für Zimmerer die Sperrung verhängt),
Wuppertal (Sperrung über die Firmen Peters, Köhler und
 Lenden in Udenbach wegen Nichtzahlung der erhöhten tarif-
 lichen Lohnsätze), **Groß- und Klein-Eislingen** (Streik
 der Maurer, Zimmerer, Gipser und Bauhilfsarbeiter),
Hamm i. W. (Sperrung über das Studegeschäft Heinrich Mül-
 ler wegen Nichtanerkennung des Tarifs), **Recklinghausen**
 (Sperrung über das Plattengeschäft Oberthum in Waltrop),
Weinheim, **Baden** (allgemeiner Streik sämtlicher Bauarbeiter),
Marburg (Streik der Maurer u. Bauhilfsarbeiter), **Münster**
L. W. (Streik der Stuckateure), **Eintracht** (Streik der Maurer
 und Hilfsarbeiter), **Essen** (Gelsenleger, Sperrung über die
 Firma Kurth & Dierhoff), **Caternberg** (Maurer und
 Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Ballmann),
Rhede (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter), **Epp-
 linge** (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter),
Düsseldorf S.-Schl. (Sperrung über alle hiesigen Baugeschäfte
 mit Ausnahme der Firma Schmitt. Die Unternehmer weigern
 sich, den Schiedsspruch anzuerkennen), **M.-Ström** (Sperrung
 über die Firma Wüschmann wegen Nichtzahlung des Tarif-
 lohnes), **Hemer** bei Herlohn (Streik d. M. u. B. wegen
 Nichtanerkennung des Vertrages), **Gendenhorst** (Streik der
 Maurer und Bauhilfsarbeiter). Bezug ist ferngehalten.

Bezirk Köln.

Dlpe. Die hiesigen Maurer und Bauhilfsarbeiter
 gehen seit dem 9. Juni bei den Unternehmern Sondermann
 und Franke in Streik. Obwohl die Unternehmer Mit-
 glieder des Arbeitgeberbundes sind, weigern sich dieselben,
 die durch die Schiedssprüche vorgesehenen Lohnserhöhungen
 zu bezahlen. Da die Arbeitsüberlegung geschlossen er-
 folgte und die Bauarbeiten hier sehr gut im Gange sind,
 auf der Kampfbahn ein baldiges Ende zu unseren Gunsten
 zu erwarten ist. Bezug nach Dlpe ist streng ferngehalten.

Bezirk Freiburg, Sr.

Kreisstadt. Die Kreisstädter Zimmerer, die sich im
 vorigen Jahre als unserer Organisation angeschlossen
 haben, um so dem Beispiel der großen Masse der
 deutschen Bauarbeiter im Reich folgend, durch die Or-
 ganisation ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ver-
 bessern, hatten am 24. Mai d. J. ihren Meistern Ver-
 träge zu einem Tarifvertrag unterbreitet und bis zum
 31. Juni eine Antwort erbeten. Die Herren Zimmer-
 meister haben es aber nicht für nötig gefunden, ihre
 Stellen einer Antwort zu würdigen, was bei diesen
 Herren auf einen sozial rückwärtigen Standpunkt schließen
 läßt. Da nun auch ein weiteres Schreiben vom 6. Juni
 nicht beantwortet wurde, legten die Zimmerer die Arbeit
 nieder. Die Kollegen verlangen 52 Pf. Stundenlohn und
 eine zehnstündige Arbeitszeit sowie Regelung der aus-
 wärtigen Arbeit.

Singen. Die hiesigen Bauarbeiter haben nun auch
 nach mehrmaligen Verhandlungen unter Mitwirkung des
 Gewerbegerichts ihre Lohnbewegung zum Abschluß ge-
 bracht. Der Stundenlohn beträgt für Maurer in diesem
 Jahre 53 Pf., vom 1. April 1914 an 54 Pf., vom 1. April
 1915 an 55 Pf., für Hilfsarbeiter 10 Pf. weniger. Bisher
 wurden Staffellohne für Maurer 51 bis 53 Pf., für Hilfs-
 arbeiter 39 bis 42 Pf. bezahlt. Bei den bisherigen
 Staffellohnen sind die Unternehmer anscheinend gut ge-
 fahren, denn sie wollten unter keinen Umständen davon
 abweichen. Wenn nun bei den Verhandlungen nicht mehr
 erreicht werden konnte, so hat das auch zum Teil seinen
 Grund in dem schlechten Organisationsverhältnissen, wie
 sie hier in Singen vorhanden sind. Verstehen es in Zu-
 kunft unsere Kollegen, die Organisation weiter auszu-
 bauen, so wird auch mehr erreicht werden können.

Bezirk Königsberg.

Dirschau, den 14. Juni. Nachdem die hiesigen Unter-
 nehmer, welche dem Arbeitgeberbunde nicht mehr ange-
 hören, es durch ihre Zustimmung abgelehnt hatten, überhaupt
 Mitglieder in ein neues Tarifverhältnis mit den Arbeiter-
 organisationen einzugehen, legten heute früh 180 Kol-
 len einmütig die Arbeit nieder. Bezug nach Dirschau
 der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter ist fernzu-
 halten.

Bezirk Paderborn.

Werl. Am 9. Juni haben die Maurer, Zimmerer
 und Bauhilfsarbeiter die Arbeit eingestellt. Die Ursachen
 des Kampfes sind folgende: Nachdem die Lohn- und Ar-

beitsbedingungen im Baugewerbe durch die Vorschläge
 der Herren Unparteiischen vom 1. und 6. Mai d. J.
 geregelt sind, dadurch, daß der Arbeitgeberbund für das
 Baugewerbe und seine Unterverbände sowie die in Frage
 kommenden Bauarbeiterorganisationen die Vorschläge an-
 genommen haben, besteht die Verpflichtung, die Bestim-
 mungen in allen Teilen zu erfüllen. Für das Lohn-
 gebiet Werl ist eine Lohnzulage von 3 Pf. festgesetzt,
 und zwar vom 2. Mai 1913 ab 2 Pf. und vom 1. April
 1914 ab 1 Pf. pro Stunde. Nach der Neuregelung be-
 trägt der Stundenlohn für Maurer und Zimmerer vom
 2. Mai 1913 ab 52 Pf., vom 1. April 1914 ab 53 Pf.,
 für Bauhilfsarbeiter vom 2. Mai 1913 ab 45 Pf. und
 vom 1. April 1914 ab 46 Pf. Die Unternehmer von
 Werl sind Mitglieder des Westdeutschen Arbeitgeber-
 bundes für das Baugewerbe mit dem Sitz in Essen, sind
 also verpflichtet, die Umänderungen zu halten. Wieder-
 holt haben die Bauarbeiter die ihnen zustehende Lohn-
 erhöhung vom 2. Mai verlangt, die Unternehmer er-
 klärten jedoch, es sei ihnen noch keine Mitteilung von
 der Bundesleitung zugegangen. Darauf wurde bei der
 Geschäftsstelle des Bundes in Essen angefragt. Die
 Leitung des Arbeitgeberbundes hat darauf wiederholt
 die Anweisung gegeben, daß die vertraglichen Löhne
 vom 2. Mai ab nachzu zahlen seien. Der Bezirksleiter,
 Kollege Werner, hat persönlich mit dem Vorstand der
 Unternehmer in Werl verhandelt und es wurde dabei ver-
 sprochen, den vertraglichen Lohn nachzu zahlen. Leider
 haben die Unternehmer von Werl dies wiederholt ge-
 gebene Versprechen nicht gehalten. Sie beschloßen viel-
 mehr, die Vorschläge der Unparteiischen abzulehnen.
 Dieser Beschluß wurde schriftlich an unseren Vorstand,
 Kollegen Rebert, abgegeben. Die Kollegen von Werl
 sind durch diesen Vertragsbruch der Unternehmer sehr
 aufgebracht und sie haben am 7. Juni in einer außer-
 ordentlichen Versammlung den Streik beschloßen, und
 am Montag, den 9. Juni, wurde die Arbeit einmütig
 eingestellt. Kollegen, steht in diesem Kampfe fest und
 geschloßen, damit der Schiedsspruch durchgeführt wird.
 Die auswärtigen Maurer, Zimmerer und Bauhilfs-
 arbeiter werden dringend ersucht, Werl zu meiden, bis
 die Angelegenheit erledigt ist. Hoch die Solidarität!

Verbandsnachrichten.

Wir machen die Mitglieder in ihrem ei-
 genen Interesse darauf aufmerksam, daß am
 Sonntag, den 22. Juni, der siebzehnte Wochen-
 beitrag fällig ist.

Gelsenleger.

Gelsenkirchen. Eine zahlreich besuchte Versamm-
 lung der Gelsenleger fand am 8. Juni im Lokale des
 Herrn Lehmann statt. Ueber folgende Punkte wurde
 beschlossen bzw. verhandelt: 1. Wahl eines Delegierten
 zur Konferenz in Düsseldorf. 2. Stellungnahme zu
 einem neuen Vertrage. 3. Aufhebung der Sperrung bei
 Hannebed u. Co. Als Delegierter wurde Kollege Georg
 Eil gewählt. Eingehend wurden alsdann die einzelnen
 Positionen des alten Vertrages besprochen und neue Vor-
 schläge unterbreitet. Zum letzten Punkt erklärte Kollege
 Eil, daß eine kombinierte Versammlung im vergangenen
 Jahre über die Firma Hannebed die Sperrung verhängt
 habe. Es kege ein Beschluß vor, wonach die Sperrung
 so lange bestehen bleiben müsse, bis die
 Firma Hannebed u. Co. den Vertrag an-
 erkennen und mit den Vertretern der Or-
 ganisationen in Verhandlung trete. Hier-
 auf Schluß der Versammlung.

Der Kampf im Malergewerbe

Es ist noch nicht ganz verheilt; an mehreren Stellen schlagen
 die Wellen sogar noch recht hoch. So ist in Hamburg
 von den Gesellen die unterm 26. Mai von ihnen ver-
 langte Arbeitsaufnahme verweigert worden, weil der dort-
 ige Arbeitgeberführer den Malermeistern Vorwürfe
 machte, die mit dem Schiedsspruch der Unparteiischen nicht
 im Einklang stehen. Ferner besteht Streik über die Höhe
 der jetzt zu zahlenden Lohnserhöhung, weil die Meister
 das im Schiedsspruch ihnen empfohlene Entgegenkommen
 über diesen Punkt ablehnen. Trotz mehrfacher Versuche
 zur Schlichtung bestehen die Differenzen zur Stunde, da
 wir dies schreiben, noch in voller Schärfe. Es scheint, daß
 es des Eingreifens einer unparteiischen, mit Autorität
 versehenen Person und — etwas guten Willens der Strei-
 tenden bedarf, um in Hamburg Ruhe zu schaffen.

Schlimmer noch sieht es in Rheinland-Westfalen aus,
 wo der seitdem bekannte Dr. Coelsch sich nur in der wenig
 beneidenswerten Rolle des Zauberlehrlings befindet: „Die
 Meister, die er rief, kann er nicht fassen.“ Seit vorigem
 Herbst hat der Mann den westdeutschen Malermeistern
 erzählt, daß die Zeit der Lohnserhöhungen endgültig vor-
 bei sei; „er“ werde dafür sorgen, daß der Meisterarif
 kommt, der den Gesellen nichts, den Meistern aber die
 Erfüllung aller Sehnsüchte bringt. „Er“ war es, der
 bei den Tarifverhandlungen führte und hefte, der in
 seiner Zeitung andauernd betonte, nur bei Erfüllung
 „seiner“ Forderungen gebe es Frieden. Als er trotz des
 Dokortitels und Wertverls seiner sonstigen „schätzbaren“
 Eigenschaften „seinen“ Willen nicht bekam, war „er“ es,
 der im Verein mit dem Hamburger Obermeister und
 einigen weniger überlegt handelnden Herren (einer davon
 Herr Köhler-Scipzig z. B. hat am 24. 2. den Un-
 parteiischen zu ihrem Schiedsspruch Glück gewünscht und
 ihnen dafür gedankt und — ging nachher zur Partei
 des Dr. Coelsch zum Kampf über; „er“ war es auch,
 der den Malermeistern die Meinung suggeriert hat, daß
 sie ungekräftigt den Gesellen auf dem Umweg über die
 Innungen Lohn sprechen und die Aussperrung durch Mittel
 aus Werl sehen dürfen, die den Arbeitern laut § 153 der
 Gewerbeordnung Gefängnis eintragen würden. Daß sich

hierzu noch immer kein Staatsanwalt gefunden hat, sei
 nur nebenbei erwähnt.

Trotz alledem ging der Kampf verloren, nach
 elfwöchiger Dauer nahm der Arbeitgeberverband die
 selben Schiedsprüche mit noch einigen den Gesellen
 günstigen Erweiterungen an, wegen denen er den Kampf
 begonnen hatte.

Nun kam das Schwerkste: den enttäuschten Maler-
 meistern mußte begreiflich gemacht werden, daß die
 Schlichter verloren sei und daß auch für die Folge
 neben den Meisterrechten auch die Gesellenrechte be-
 stehen bleiben.

Da zu rechten nun die bestorklichen Fähigkeiten nicht
 mehr aus; hehen und schüren konnte Dr. Coelsch, aber
 einen geordneten Rückzug führen, das konnte er nicht.
 Und deshalb spielte er seine Rolle weiter, bezichtigte den
 besonnenen Teil des Arbeitgeberverbandes, durch dessen
 Veto der Kampf beendet ist, der Schlappeheit — ja sogar
 der Abstimmungslosigkeit, obwohl gerade die von ihm
 inszenierte Abstimmung in Rheinland-Westfalen sehr nahe
 an Falschung grenzt! (Siehe Nr. 22 der „Baugew.“)
 Er ließ dann die Aussperrung zwar aufheben, aber die
 zur Arbeit zurückkehrenden Gesellen bekamen einen vom
 vereinbarten Reichstarif weit abweichenden Tarif mit nur
 1 Pf. Lohnserhöhung vorgelegt; diese Verhöhung bezeich-
 net der Herr Doktor in einem vertraulichen Rundschreiben
 als „weitgehendes „Entgegenkommen“. Wer sich von den
 Gesellen gegen diesen Tarifbruch zur Wehr setzt, soll
 nach dem doktorlichen Befehl auf eine schwarze Liste ge-
 setzt und ein Jahr lang dem Hunger ausgesetzt werden.
 Das alles läßt der Arbeitgeberhauptverband ruhig
 geschehen, findet aber gleichwohl bewegliche Klagen
 wegen der Hamburger Vorgänge.

Am 11. Juni haben die Ortsgruppenführer des rhein-
 land-westfälischen Arbeitgeberverbandes neuerdings be-
 schloßen, in ihrem Trost zu verharren. Diesmal aber sind
 die Leute um Dr. Coelsch und „er“ selbst darüber er-
 schrocken. Die Geister, die er rief, vermag er nun nicht
 mehr zu bannen, der „große Führer“. Andere, die von
 dem ihnen eingespierten Nachdunkel noch immer bezaubert
 sind, haben sie „ihm“ abgenommen.

Es muß nur abgewartet werden, ob die Haus-
 setzung des Malermeisterverbandes sich aufrufen wird,
 den widerspenstigen Bauverband II endlich zur Ordnung
 zu bringen. Nicht — wie bisher — mit papierenen Ver-
 schloßen, sondern durch ernsthafte Maßnahmen, die man
 von einer Arbeitgeberorganisation verlangen muß, welche
 sich unterfangen hat, einen Reichstarif abzuschließen.

Die Geschäftsergebnisse der Aktien- gesellschaften in Preußen in 1911.

Die jetzt vorliegende Statistik berichtet von 2874
 preussischen Aktiengesellschaften, gegenüber 2842 im 1910.
 Es ist also im Berichtsjahre (1911) eine Vermehrung
 um 32 oder 1,1 vom Hundert eingetreten. Das ge-
 samte Kapitalvermögen ist von 11 561,95 Millionen Mark
 im 1910 auf 12 220,62 Millionen Mark gestiegen. Das
 ist ein Wachstum von 5,7 Prozent. Es verteilt sich mit
 10 073,63 (1910 9583,18) Millionen Mark auf das an-
 gezahlte Aktienkapital und mit 2155,93 (1910 778,78) Mil-
 lionen Mark auf die echten Reserven. Die gesamten lang-
 fristigen Schulden (Anleihen, Obligationen und Dar-
 lehen) beliefen sich auf 3271,12 (1910 auf 3001,50)
 Millionen Mark, die Hypotheken allein auf 973 (888,49)
 Millionen Mark.

Von dem eingezahlten Aktienkapital waren 9751,21
 (9317,92) Millionen Mark oder 83,8 (87,2) Prozent divi-
 dendenberechtigt. Tatsächlich haben aber an der Divi-
 dendenverteilung nur 8525,26 (8164,12) Millionen Mark,
 das sind 87,4 (87,6) Prozent des dividendenberechtigten
 und 84,6 (85,2) Prozent des eingezahlten Aktienkapitals,
 teilgenommen.

Die Zahl der Dividende verteilenden Gesellschaften
 ist gestiegen. Den 1921 Gesellschaften mit 8351,93
 Millionen Mark eingezahltem Aktienkapital in 1910
 stehen 1977 Gesellschaften mit 8770,19 Millionen
 Mark im Berichtsjahre gegenüber. Auf je 1000
 tätige Gesellschaften entfielen demnach im Jahre
 1900 676, 1911 dagegen 688 Dividendenzahlende.
 Hierbei muß erwähnt werden, daß 61 (im Vorjahre 58)
 Gesellschaften mit 123,08 (115,10) Millionen Mark
 jahungsgemäß keine Dividende ausküteten.

Die Zahl der Aktiengesellschaften, die mit Rein-
 gewinn abschloßen, beträgt 2295 (für 1910 2282) mit
 9310,69 (8850,17) Millionen Mark eingezahltem Aktien-
 kapital. Der erzielte Reingewinn beläuft sich auf ins-
 gesamt 1159,04 (1079,08) Millionen Mark oder 12,5 (12,2)
 Prozent des gemauerten Kapitals. Von der gesamten
 Reingewinnsumme kamen jedoch nur 1018,03 (953,23)
 Millionen Mark durch 2172 (2126) Gesellschaften zur
 Verteilung. Der Reinertrag der verteilten Reingewinn-
 summe entfällt natürlich auf die Dividende, nämlich
 511,88 (753,27) Millionen Mark oder 79,7 (79,0) Prozent.
 Zu Rücklagen auf echte und gemeinnützige Reserven wur-
 den 88,65 (90,18) Millionen Mark oder 8,7 (9,5) Pro-
 zent, zu Zantemen für Aufsichtsrat und Vorstand 76,15
 (71,43) Millionen Mark oder 7,5 (7,5) Prozent, und zu
 sonstigen Zwecken 41,84 (38,35) Millionen Mark oder
 4,1 (4,0) Prozent des verteilten Reingewinns verwendet.
 Die zur Verteilung gebrachte Dividendensumme machte
 8,3 (8,1) Prozent des dividendenberechtigten und
 9,5 (9,2) Prozent des dividendenbeziehenden Ge-
 samtkapitals aus.

Ohne Gewinn und Verlust haben im Bilanz-
 jahr 1911 (bzw. 1910) 65 (78) Gesellschaften mit 72,85
 (119,96) Millionen Mark eingezahltem Kapital abge-
 schloßen. Die Zahl der Gesellschaften endlich, aus deren
 Bilanz sich ein Reinertrag ergibt, ist von 502 mit
 615,04 Millionen Mark Aktienkapital im Jahre 1910
 auf 514 mit 690,16 Millionen Mark im Berichtsjahre
 gestiegen; der Reinertrag belief sich für 1911 auf 134,99
 (für 1910 auf 124,89) Millionen Mark oder 19,6 (20,3)

Prozent des eingezahlten Aktienkapitals der beteiligten Gesellschaften.

Der von den sämtlichen tätigen Aktiengesellschaften erzielte Mehrertrag (Ueberschuß des Reingewinns über den Reinertrag) berechnet sich hiernach für 1911 auf 1024,95 (1910 954,19) Millionen Mark, das sind 10,2 (10,0) Prozent des eingezahlten Kapitals überhaupt und 8,4 (8,3) Prozent des gesamten Kapitalvermögens.

Weitentlich anders sieht das Bild aus, wenn man aus dem Bilanzmäßigen Geschäftsergebnis die Gewinn- und Verlustvorträge aus Vorjahren anscheidet. Alsdann scheitern im einzelnen von den Aktiengesellschaften ab:

Table with 5 columns: Zahl, überhaup, ohne Gewinn und Verlust, mit Reingewinn, mit Reinertrag. Rows include 'überhaup', 'v. d. aller', 'eingezahltes Aktienkapital', and 'Reingewinn bezw. Reinertrag'.

Hiernach haben im Berichtsjahre 18,7 (1910 19,5) Prozent aller Gesellschaften mit Verlust oder ohne Gewinn und Verlust gearbeitet. Das sieht auf den ersten Blick sehr ungünstig aus, ist aber nicht, wenn man in Rechnung stellt, daß der Anteil dieser Gesellschaften am eingezahlten Gesamtkapital nur 7,6 (7,7) Prozent beträgt. Der für alle Gesellschaften zu berechnende Reingewinn (unter Abzug des Reinertrags) beträgt 978,39 (916,37) Millionen Mark, das sind 9,7 (9,6) Prozent des gesamten eingezahlten Aktienkapitals.

Ergänzend bemerkt die „Stat. Rev.“, die diese Zahlen bringt, daß neben den vorstehend berücksichtigten Aktiengesellschaften noch eine Anzahl von Gesellschaften besteht, deren Bilanzen nicht zu erlangen waren oder die sich in Konkurs oder Liquidation befinden. Am 31. Dezember 1911 bzw. am Ende des Vorjahres wurden an Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien mit Sitz in Preußen insgesamt 3233 (3201) mit 11026,91 (10 612,57) Millionen Mark Grundkapital gezählt. Davon befanden sich 66 (59) mit 67,73 (60,09) Millionen Mark Grundkapital in Konkurs und 192 (181) Gesellschaften mit 231,87 (234,53) Millionen Mark in Liquidation. Die Zahl der tätigen Gesellschaften betrug mithin an den genannten Tagen 2978 (2920) mit 10 727,35 (10 518,99) Millionen Mark Grundkapital.

Alles in allem geben die vorstehenden Zahlen ein Bild von der guten Konjunktur, deren sich die deutsche Volkswirtschaft in den letzten Jahren zu erfreuen hatte. Das Baugewerbe hat daran allerdings nur geringen oder keinen Teil gehabt, wie wir ja aus eigener Anschauung und Erfahrung in unserem Gewerbe wissen. Gestaltlich anders sieht das in der nächsten Seite.

Die Entwicklung der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine im Jahre 1912

Bei in des Gesamtbild der Entwicklung, die diese Bewegung im letzten Jahres hat genommen hat, keine Veränderung gebracht. Auf die kürzeste Formel gebracht, ist die Kurve dieser Entwicklung die: Ein stetes Auf und Ab zwischen Rückgang und Stillstand. Man muß hierbei in Auge behalten, daß die Hirsch-Dunker'sche Gewerkschaftsbewegung fast genau so alt ist wie die sozialdemokratische; ihre Gründung fällt ebenfalls in das Jahr 1868. Sie hat also eine fast 44-jährige Erfahrung gewerkschaftlicher Praxis hinter sich. Trotzdem ist ihre Jugendkraft auf die Massen der Arbeiter außerordentlich gering geblieben. In ihrer Mitgliederentwicklung ist in den letzten zehn Jahren sogar ein wesentlicher Rückgang eingetreten. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als in derselben Zeit alle übrigen Gewerkschaftsrichtungen ihre Mitgliederzahl mehr oder weniger steigerten. Über die Entwicklung der Mitglieder- und Kassaverhältnisse der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine in den letzten sieben Jahren — frühere Zahlen liegen uns leider momentan nicht vor — liefert folgende Übersicht:

Table with 5 columns: Jahr, Mitglieder, Gesamtvermögen, Kassavermögen, Liquidationsvermögen. Rows for years 1906 to 1912.

Dem sind folgende Zahlen aus der Entwicklung der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine entnommen:

Table with 3 columns: Mitglieder, Gesamtvermögen, Kassavermögen. Rows for years 1906 to 1911.

Die Zahlen vom Jahre 1912 liegen noch nicht vor. Das Gesamtvermögen der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine dürfte in 1912 die acht Millionen überschritten haben.

Was die Entwicklung der Mitgliederverhältnisse in den Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereinen anbetrifft, so muß bemerkt werden, daß der Verband der Kaufleute mit 18 000 Mitgliedern im Jahre 1910 ausgetreten ist. Dafür ist aber der Verband der Württembergischen Eisenbahner mit angeblich 8000 Mitgliedern neu beigetreten. Die Mitgliederzahl dieses Verbandes dürfte jedoch viel zu hoch angegeben sein. Von Kennern der württembergischen Verhältnisse wird bestimmt versichert, daß er nicht einmal 4000 Mitglieder hat. Eigenartig ist es jedenfalls, daß der Verband Jahr für Jahr seine Mitgliederzahl mit genau 8000 angibt. Das kann doch kaum stimmen. Dann sind auch 2484 Franer in der Gesamtmitgliederzahl enthalten, trotzdem hinterher bemerkt wird, daß von diesen nur acht Vereine mit 609 Mitgliedern „beteiligt“ sind. Es scheint sich demnach um lokale Vereine zu handeln, von denen aber nur 8 mit 609 Mitgliedern dem Verbands der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine wirklich angehören, die übrigen aber nicht. Diese mit 1875 Mitgliedern wären also zu Unrecht in der Gesamtmitgliederzahl angeführt. Der Gewerkschaften der Bauhandwerker zählt 1150 Mitglieder. Abgesehen von einigen Ortsgruppen, die er in Formern hat, dürfte er sich in der Hauptsache aus Fabrikarbeitern zusammensetzen.

Wie ein Blick auf die Kassaverhältnisse zeigt, können die Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine nicht ohne weiteres den übrigen selbständigen deutschen Gewerkschaften, den christlichen und „freien“ Verbänden, gleichgestellt werden. Während die letzteren ihr Hauptstreben auf eine energische Interessensvertretung der Arbeiter in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse richten und dieserhalb ihr gesamtes Vermögen jederzeit für Kampfszwecke disponibel halten, liegt das Schwergewicht der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften im Unterstützungswesen. Die Krankenkassen und die Begräbniskasse sind, wie auch aus der obigen Darstellung ersichtlich ist, für sich bestehende Einrichtungen, deren Verwaltung und Vermögen getrennt geführt werden. Die Vermögensbestände dieser beiden Kassenarten kommen für die direkt gewerkschaftlichen Zwecke, für Lohnkämpfe u. dgl. nicht in Betracht. Dafür, wie auch für die übrigen Unterstützungsarten (Arbeitslosen-, Reise-, Unglücksunterstützung) kommen die Kassen der einzelnen Verbände auf deren Gesamtvermögen in den Hauptkassen 1 512 669 M., in den Nebenkassen 316 181 M. beträgt. Das gesamte Gewerkschaftsvermögen incl. Haupt- und Nebenkassenvermögen beträgt mithin 1 828 850 M. Wenn man bedenkt, daß der christliche Bauarbeiterverband am 31. Dezember 1912 allein ein Vermögen von 1 200 000 Mark hatte, wird man nicht sagen können, daß das übermäßig viel wäre. Das Gesamtvermögen der Hirsch-Dunker'schen Gewerkvereine, also unter Einbeziehung der Bestände der Kranken- und der Begräbniskasse beträgt 4 500 000 M. Der Anteil dieser beiden Kassenarten macht die Summe von 2 671 233 M., also der Löwenanteil. Bei einzelnen Verbänden fehlen die Angaben über die Kassaverhältnisse vollständig. Es sind dies die Gewerksvereine der Bergarbeiter, der Säler und Konditoren und der Eisenbahner Württembergs.

Dieses über Stand und Entwicklung der Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften in 1912 und den vorhergehenden Jahren. Wenn zu dem Geschäftsbericht des letzten Jahres gesagt wird, man könne mit dem Resultat „zweifellos zufrieden“ sein, so ist das eine Selbsttäuschung, die mit dem in der Hirsch-Dunker'schen Bewegung sich mehr und mehr breitmachenden Wort- und Tatsachenbegriffismus gar nicht so recht im Einklang steht. Ihre Entwicklung würde zweifellos noch viel mehrwärtiger in rückwärtiger Linie verlaufen sein, wenn nicht das ausgedehnte Unterstützungswesen dem entgegenwirkte. Der sich einmal wieder hierauf gestützt hat, gibt diese natürlich nicht gerne auf. Inwiefern kann man sagen, daß das Unterstützungswesen für die Hirsch-Dunker'sche Bewegung Schwäche und Stärke zugleich ist; Stärke natürlich nur in dem Sinne, daß es ihren weiteren Aufstieg zum Stillstand bringt oder doch verlangsamt. Daß die Hirsch-Dunker'schen Gewerkschaften in Zukunft noch einmal zu irgendwelcher größeren Bedeutung kommen könnten, ist, wie die Dinge in unserem Vaterlande heute nun einmal liegen, kaum anzunehmen. Sie hatten zweifellos vom alten Wirtschaftszustand mit Herübergenommen und dann den Aufschwung an die neue Zeit verpasst. Mit der Theorie von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit konnten sie keine Massen gewinnen, besonders nicht in einer Zeit, in der die Arbeiterklasse nur das Bedürfnis, ja, fast Gedrängte dieses Kapitalismus an sich verspürte. Und wenn sie in neuerer Zeit glaubten, zu größerer Macht gelangen zu können, indem sie sich möglichst radikal gaben, so sollte ihnen die Entwicklung jetzt schon gezeigt haben, daß sie auf diesem Wege erst recht nicht zum Ziele kommen. Was aus Hirsch-Dunker'schen Programmen wirklich gut war, haben die christlichen Gewerkschaften zu einem guten Teil längst in die Wirklichkeit umgesetzt. Auch dieser Umstand spricht dafür, daß die christlichen Gewerkschaften mit ihren Grundfäden und ihrer Arbeitsweise auf dem rechten Wege sind.

Terrorismuschuld.

Der Wiener Schergericht hat den Sozialdemokraten Paul Kunschak wegen Ermordung des Sozialdemokraten Schupfner zum Tode verurteilt. Die maßgebende Tat hat damit ihre Sühne gefunden. Man wird in der sozialdemokratischen Presse behauptet, durch die Gerichtsverhandlung sei das Terrorismusmärchen, als ob Kunschak durch den roten Terror zu seiner maßgebenden Tat getrieben sei, gründlich abgetan worden. Das ist eine breite Lüge. Kunschak hat sich nicht als Terrorist, sondern als gewöhnlicher Verbrecher betragen. Am einen Gerichtsverfahren vorüberzugehen, lassen wir das er Grundkennzeichen der Aufnahmen der Bergbauarbeiter die wahren Ergebnisse der Verhandlungen folgen.

Paul Kunschak konstatierte zunächst, daß er am 21. Juni 1905 bei den Schuckertwerken in Wien in Arbeit trat. Sofort wurde er von den Vertrauensmännern in schroffer Weise zum Beitritt zur roten Organisation aufgefordert, und ihm bedeutet, daß er den Betrieb verlassen müsse, wenn er nicht beitrete. Nach eineinhalb oder zwei Stunden war Kunschak entlassen! Nun erstattete Kunschak gegen die beiden Vorführer der Terroristen eine Erpressungsanzeige, der zufolge die beiden Vertrauensmänner auch zu einer Kerkerhaft verurteilt wurden. Mittlerweile war Kunschak bei der Firma Graf u. Stift eingetreten. Nach der Verhandlung am 20. November, bei der die beiden Vertrauensmänner verurteilt wurden, hielten die Genossen eine Betriebsversammlung ab. Am anderen Tage sagte einer der Teilnehmer zu Kunschak: „Die Leute haben beschloffen, mit dir nicht zu arbeiten. Du mußt fort. Geh lieber selber; es ist schöner, als wenn du so hinaus mußt.“ Kunschak tat das nicht, denn er wollte, daß nur einige Mann dem roten Metallarbeiterverband angehörten. Aber der Chef entließ Paul Kunschak doch (am 23. November 1905), und als dieser fragte, wer seine Entlassung verlangt habe, verweigerte derselbe die Antwort und sagte: „Ich weiß, es sind nur sechs beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Aber wenn die mir die Arbeit stehen lassen, bedenken Sie, was das jetzt bei dieser Arbeit für mich bedeutet! Da entlasse ich doch lieber einen Arbeiter, bevor ich sechs Jahre verliere und mir die Fenster einschlagen lasse.“ Der als Zeuge benommene Direktor der Firma Graf u. Stift bestätigte, daß die Vertrauensleute die Entlassung Kunschaks verlangt haben, weil er der Gegenpartei angehöre, und daß sie mit der Arbeitseinstellung gedroht haben.

Am 13. August 1907 trat Paul Kunschak in der Maschinenfabrik „Eulka“ ein. Er begann um 7 Uhr früh zu arbeiten. Nach einer Stunde legten die anderen Arbeiter die Arbeit nieder und erklärten, mit ihm nicht zu arbeiten. Die Vertrauensmänner gingen zum Werkstättenchef, und daraufhin wurde Kunschak entlassen. Diese Aussage des Ingenieurs der Firma Franz Weidlich ergänzt der Betriebsleiter Johann Geier damit, daß kein näherer Grund angegeben wurde, nur weil er christlich-sozial ist.

Am 14. August 1907 trat Paul Kunschak in der Maschinenfabrik Plewa u. Co. ein. Der damalige Hauptvertrauensmann Johann Weined sagte aus, daß in dem Moment, wo Kunschak in die Werkstatt getreten ist, die Arbeiter die Arbeit stehen gelassen haben. Er sei zum Werkmeister gegangen und habe ihm gesagt, sie arbeiten nicht, weil der Kunschak eingetreten ist. Auf die Frage des Präsidenten, wie lange Kunschak in Arbeit war, antwortete der Zeuge: „Gar nicht. Das Ganze hat sich vielleicht in zwei Stunden abgespielt.“ Derselbe Zeuge sagte auch dann noch, daß er schon in anderen Betrieben mit Paul Kunschak gearbeitet habe, daß er persönlich mit demselben, der ein ruhiger Mensch war, gut gekammet sei; jedoch waren die Arbeiter dort meist indifferent. Der jüngere Werkmeister dieser Firma, Joseph Schmell, erklärte auf die Frage nach dem Grund, warum die Arbeiter nicht mit Paul Kunschak arbeiten wollten: „Um den Grund habe ich nicht gefragt. Der Name Kunschak ließ es mir begreiflich erscheinen. Ich dachte, daß er eben christlich-sozial ist und aus diesem Grunde nicht geduldet wurde.“

Der Verteidiger fragte den Zeugen dann: „Ist es vielleicht so richtig: Wenn er Fayletal geheißt hätte, hätte es keine Schwierigkeiten gegeben; aber weil sein Bruder ein bekannter christlich-sozialer Gegner ist, hat man ihn nicht wollen? Ist das nicht auch Vermutung bei Ihnen gewesen? — Zeuge: Ja. Nachdem diese Forderung gestellt war, habe ich vermutet, daß, weil er Kunschak heißt, die Abneigung auftrat.“

Am 20. Januar 1911 trat dann Paul Kunschak bei der Kraftfahrzeuggesellschaft ein, und am 22. Januar fand schon eine Demonstration statt. Der Betriebsleiter Klein sagte über den Angeklagten und den Vorfall folgendes aus: „Ich habe einen Dreher gebraucht und habe in die Arbeitsvermittlung in der Kaiserstraße telephoniert. Da wurde mir Paul Kunschak geschickt. Er war sehr tüchtig in seiner Arbeit, ich hatte mit ihm keinen Anstand und bin sehr zufrieden gewesen. ... Eines Tages war eine Demonstration. Etwa 30 bis 40 Leute haben sich vor der Fabrik versammelt, doch waren es nicht Arbeiter unserer Fabrik, sondern fremde Arbeiter, wahrscheinlich von der Firma Armbruster. Ich habe erfahren, daß die Demonstration dem Paul Kunschak gilt. Ich habe ihn auch verständigt und zu ihm gesagt, er soll bleiben, bis sich die Demonstranten zerstreut haben. Paul Kunschak war sehr aufgeregt und sagte zu mir: „Seh'n Sie, so ergeht es mir überall!“ Er ist dann gegangen, während die Demonstranten die Fabrik umhingen, er wurde dranhin jedoch nicht behelligt. Wahrheitslieblich haben sie ihn nicht gekannt. — Der Vorsitzende bringt später auch ein Protokoll zur Verlesung, in dem die Aussage der Wache über die Demonstration steht. Dessen sagten die sozialdemokratischen Demonstranten, daß ihr Aufzug dem in dieser Fabrik aufgenommenen Paul Kunschak gilt, dessen Bruder ein christlich-sozialer Parteiführer ist.“

Paul Kunschak erklärte auch, daß die Firma nach dem Metallarbeiterverband telephonisch angerufen wurde. Hierauf gab der Zeuge folgende Antwort: „Ich wurde angerufen, und man verlangte, ich soll Paul Kunschak entlassen; ob der Anruf wirklich vom Metallarbeiterverband erfolgte, kann ich nicht sagen. Das kann man ja beim Telephon nicht wissen.“ — Präsident: „Wer hat das gemeldet?“ — Zeuge: „Ein Name wurde“

nicht angegeben. Es wurde nur gefragt, ob Paul Kunschak bei uns in Stellung ist. Ich antwortete: „Ja, er ist bei mir. Warum fragen Sie?“ „Weil dieser Mann in keine Fabrik hineinpaßt.“ — Präsident: „Was vorausgegangen ist, das wissen Sie nicht?“ — Zeuge: Nein! — Angeklagter: Bitte, Herr Klein, Sie haben mir gesagt, Sie sind angerufen worden, und es hat sich jemand gemeldet: „Hier Oesterreichischer Metallarbeiterverband!“ Ich kam den Ruf hier nicht wiedergeben, den Sie als Antwort gegeben haben. — Präsident: Warum nicht? — Angeklagter: Weil es sich nicht schickt. — Präsident: Sagen Sie es nur! — Angeklagter: Herr Klein hat hineingerufen: „Das geht Sie einen Dreck an!“ Sie haben mir dann weiter gesagt, Sie haben sich Zeugen genommen und den Metallarbeiterverband angerufen und nochmals gefragt. — Präsident: Was ist Ihnen geantwortet worden? — Zeuge: Es sei eine Mystifikation gewesen.

Am 25. November 1911 trat Paul Kunschak in der Metallwarenfabrik Gubner u. Mayer ein. Als er um 7 Uhr früh eintrat, fragte ihn ein Arbeiter um seinen Namen; als er seinen Namen nannte, sei er allein bei seiner Drehtank gestanden und die übrigen Arbeiter haben den Arbeitsraum verlassen. Der Werkmeister Johann Gaujer sagte aus, einige Zeit später sind alle Arbeiter von den Drehbänken weg gewesen und Kunschak ist allein geblieben. Ich glaubte, es sei ein Unfall geschehen. Ich habe mich um den Grund erkundigt, aber kein Arbeiter gab mir Antwort. Da hörte ich den Ruf: „Kunschak!“ Jetzt ist es mir begreiflich geworden. Ich dachte gleich, daß dies der Bruder des christlich-sozialen Abgeordneten sein könnte und fragte Kunschak, ob er organisiert ist; er sagte: „Nein.“ Ich sagte ihm nun, er müsse sich um einen andern Posten umschauen.

Was unter der Bezeichnung „organisiert“ zu verstehen ist, ging auch deutlich aus der Aussage des Vertrauensmannes Thalhammer hervor. Auf die Frage des Präsidenten, ob in der Fabrik lauter Sozialdemokraten sind, antwortete der Zeuge: Ja, bei uns sind lauter organisierte Leute.

Alle diese Feststellungen, die vor dem Gericht gemacht wurden, zeigen deutlich, daß von sozialdemokratischer Seite ein geradezu unerhörter Terrorismus gegen Paul Kunschak inszeniert war. Es ist notwendig, dies festzustellen, weil die rote Presse allerorts glauben machen will, daß es keinen Terrorismus gebe. In einzelnen Blättern haben sie sogar die Kühnheit geübt, zu schreiben, daß der Prozeß gezeigt habe, daß Paul Kunschak gar nicht terrorisiert worden sei.

Die Tat Paul Kunschaks bleibt unverfälscht und niemand wird sie entschuldigen oder beschönigen wollen. Der Prozeß hat aber in einer durchaus einwandfreien Weise dargetan, daß die Sozialdemokraten mit dem brutalsten Terrorismus gegen alle andersdenkenden Arbeiter losgehen. Die „Völnische Zeitung“ (21. Mai 1912) hat den Kern dieser Tragödie richtig getroffen, als sie schrieb: „Ohne den sozialdemokratischen Terrorismus wäre Paul Kunschak nicht zum Verbrecher geworden.“

Aus Arbeitgeberverbänden.

Der Verband der vereinigten Baumaterialienhändler Deutschlands hielt in den Tagen vom 8. bis 11. Juni in Leipzig seine zweite Generalversammlung ab. Gleichzeitig beging der Verband die Feier seines zehnjährigen Bestehens. Von den vielen Gästen, die an der Tagung teilnahmen, erwähnen wir die Vertreter, die die holländischen Baumaterialienhändler entsandt hatten. In der Begrüßungsansprache sagte der Vorsitzende in einem Rückblick auf die Tätigkeit des Verbandes in den verfloßenen zehn Jahren laut „Dread. Aus.“ u. a.:

„Der Verband hat nie seinen Ehrgeiz dorein gesetzt, eine reine Kampforganisation zu sein, er wollte vor allen Dingen seinen Mitgliedern helfen, und hat es deshalb als obersten Grundsatz stets aufgestellt, welches der Parteien, d. h. den Produzenten und den Konsumenten, in friedlicher Arbeit zu stehen, allerdings auch ohne sich dabei an die Hand drücken zu lassen.“

Der Geschäftsbereich sagt, daß die Mitgliederzahl im verfloßenen Jahre sich erheblich gehoben hat. Sie sei jetzt auf etwa 1000 angewachsen. Einige neue Ortsgruppen und Landesverbände seien gegründet worden.

Von Interesse sind die Verhandlungen, die sich auf die Beziehungen des Verbandes zu den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes beziehen. Der Geschäftsführer Wehner referierte hierüber. Er führte nach dem genannten Wort aus, daß von Seiten der Geschäftsstelle Umfrage gehalten wurde, inwieweit die einzelnen Vereine Abschlüsse auf Grund des mit den Arbeitgeberorganisationen getroffenen Abkommens gemacht worden sind. Die Umfrage habe ergeben, daß nicht ein einziger Abschluß bekannt geworden ist. Es wurde deshalb folgende Entschließung vorgeschlagen und angenommen:

„Die 11. Generalversammlung des Verbandes vereinigter Baumaterialienhändler bedauert, daß von den zwischen den Arbeitgeberorganisationen des Baugewerbes und dem Verbande getroffenen Abkommen vom 23. November 1912 noch nicht in allen Teilen Gebrauch gemacht wurde, und empfiehlt den Mitgliedern, nach Maßgabe des Abkommens mit den Mitgliedern des Baugewerbes Hand in Hand zu arbeiten.“

Damit wäre der Friede zwischen den beiden feindschaftlichen Brüdern ja nun endgültig wieder hergestellt. Etwas anderes war ja auch ernstlich nicht zu erwarten.

Die Versammlung wandte sich dann noch gegen die Dachdeckermeister, die in ihrem Organisationsdrang auch die nicht zu ihnen gehörigen Gewerbe, mit denen sie arbeiten, durch Vertrag in ihren Verband zwingen wollen.

Dagegen müsse man Stellung nehmen, und es würde deshalb eine Entschließung angenommen, die besagt, daß die Versammlung die sich immer mehr und mehr häufenden Verlangen von Verbänden und Organisationen, solche Verbände und Organisationen, die ihnen nicht angehören, zum Beitritt zu zwingen, als gegen die guten Sitten verstößend mißbilligt.

Die Tagung schloß mit einer nichtöffentlichen Sitzung, in der hauptsächlich der Kassenbericht erstattet wurde. Im allgemeinen wird es nicht als ein Zeichen besonderer finanzieller Stärke betrachtet, wenn eine Organisation ihre Kassenverhältnisse hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Aus der Arbeiterbewegung im Buchdruckergerwebe. Die christlich-nationale Gesellenorganisation im Buchdruckergerwebe, der Gutenberg-Bund, hat nach dem vorliegenden Jahresbericht das letzte Berichtsjahr mit 2206 Mitgliedern abgeschlossen. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme von 194 Mitgliedern; darunter sind 110 jüngere, teils langjährige Mitglieder des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, die zum Gutenberg-Bund übergetreten sind. Auch die Finanzgebahrung zeigt eine günstige Entwicklung. Die Gesamteinnahmen des Gutenberg-Bundes in 1912 betragen 152 685,14 M. gegen 137 197,33 M. im Jahre 1911. Die Ausgaben betragen: Arbeitslohn- und Maßregelungsunterstützung 17 283,50 M. (1911: 11 921,75 M.), Reiseunterstützung 1864,25 M. (813,50 M.), Sterbegeld 1610 M. (1340 M.), Umzugskosten 1570 M. (1903 M.), Invalidenunterstützung 11 845,75 M. (10 810 M.), Besondere und Notlagenunterstützung 1238 M. (1228 M.), Reichstags 230,99 M. (188,21 M.), Bildungs- und Bibliothekswecke 230,99 M. (977 M.), Beiträge an Gesamtverband und Tarifgemeinschaft 1142,95 M. (997,75 M.), Typograph 15 761,18 M. (14 006,51 M.). Dazu kommen Ausgaben für Mattation, Verwaltung, Druckkosten, Porto usw., die im Jahresbericht einzeln angegeben werden. Die Gesamtausgaben betragen 1912: 107 842,02 M. (1911: 97 929,93 M.). Das Mehr der Einnahmen über die Ausgaben betrug 44 843,12 M. (39 267,40 M.). Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug am Schluß des Jahres 1911: 440 142,02 M., am Schluß des Jahres 1912: 430 049,63 M. Der Vermögensbestand in der Hauptkasse und den Ortsvereinskassen zusammen beträgt 621 877,80 M. Der „Typograph“, das Organ des Gutenberg-Bundes, erscheint in einer Auflage von 4000. Im Hinblick auf die scharfe Kampfkampfung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes gegen die nationale Konkurrenzorganisation ist das Organ des Gutenberg-Bundes (Nr. 22, 1913) mit der lehrreichen Entfaltung im allgemeinen zufrieden: „Es geht vorwärts! Das haben wir gefehlt, nach außen gewachsen, an Nutzen gewonnen, das können wir am Schluß unseres Berichtes mit Freude konstatieren. Schreiben wir auf dem Wege weiter!“ Der gedruckte vorliegende 48 Seiten umfassende Jahresbericht des Gutenberg-Bundes geht auf die tatsächliche Situation im Buchdruckergerwebe näher ein und kann von Interessenten von der Hauptgeschäftsstelle, Berlin SO 16, Kaiser-Franz-Grabenstr. 14, gegen Einsendung von 10 Pf. Porto gratis bezogen werden.

Aus dem Organisationsleben im Gärtnergerwebe. Die Gesellen im Gärtnerberuf sind bisher noch sehr mangelhaft organisiert gewesen. Unter den bestehenden verschiedenen Berufsorganisationen hat sich der Deutsche (nationale) Gärtnerverband allmählich eine feste Position errungen. Er zählte am Schluß des vergangene Jahres 819 Mitglieder, hatte in 1912 eine Einnahme von 19 614 M., eine Ausgabe von 13 059 M. und einen Kassenbestand von 6554 M. Die genannte Organisation hat eine zentrale Arbeitsnachweisstelle eingerichtet (Berlin O2, Stralauer Str. 53), die sich gut bewährt hat. In Duisburg, Köln und Koblenz sind gelang es dem Gärtnerverband, im Berichtsjahre Tarifverträge abzuschließen, die den feststehenden Gesellen wesentliche Verbesserungen im Arbeitsverhältnis brachten. Ferner konnte an mehreren Stellen der Not- und Sozialzwang beseitigt werden. Die Zustände im Gärtnerberuf — geklagt wird vornehmlich über durchweg sehr niedrige Löhne und mangelnde Sonntagsruhe — sollten es allen Gesellen nahelegen, durch Mitarbeit im Deutschen (nationalen) Gärtnerverband an der Hebung ihres Standes mitzuwirken.

Aus ausländischen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften der Schweiz zählten Ende 1912 insgesamt 14 401 Mitglieder. Davon entfielen auf die Bekleidungsbranche 893 Mitglieder, die Bauarbeiter 210, die Bekleidungsbranche zählt 1256, die Buchbinder zählen 292, die Hilfsarbeiter 574, die Maler 448, die Metallarbeiter 812, die Textilarbeiter 9916. Das Vermögen aller Verbände betrug sich auf 1 608 Fr. In Unternehmungen zählten die Verbände im Jahre 1912 insgesamt 90 497 Fr. aus.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Die Gliederung der deutschen Lohnarbeitererschaft. Aus Anlaß des Erscheinens des letzten der 10 Bände des Quellenwerkes über die große deutsche Berufszählung vom Jahre 1907 wird im Maiheft des „Reichsarbeitsblatts“ mit einer zusammenfassenden Darstellung der Gliederung der deutschen Lohnarbeitererschaft begonnen. Zunächst wird die Stellung der Lohnarbeitererschaft und der Dienenden im Kreise der übrigen sozialen Schichten vorgeführt. Bei Einbeziehung der Angehörigen umfaßt die Arbeitererschaft 29,8 Millionen Köpfe oder fast die Hälfte der 61,7 Millio-

Trockene Räume durch Anra-Zusatz zum Zementmörtel.
Dichtet und desinfiziert dem Zementmörtel.
Vom Kgl. Material-Prüfungsamt Groß-Lichterfelde geprüft auf einen Wasserdruk von 6,84 Atmosphären. Sehr ausgiebig und billig. Muster und Prospekt Nr. 612 bl gratis.
A. W. Andernach, Beuel a. Rhein.

nen Seelen tragenden Gesamtbevölkerung. Die über halb so große, 16,9 Millionen Köpfe erreichende Schicht der Selbständigen baut sich auf diese breiteste Gruppe der Lohnarbeiter auf. Daneben stehen als besondere Gruppen die Rentner und Berufslosen, die Angehörigen der wie die im Betriebe des Familienhauptes mitbestehenden Familienangehörigen; je über 4 Millionen Personen entfallen auf sie.

Zehnmillionen werden die 15 Millionen Personen, die Lohn-erwerbend oder dienend tätig sind, näher nach dem Geschlecht wie nach 4 Berufszweigen betrachtet. Die landwirtschaftlichen Tagelöhner und Ackerbau, deren rund 1 975 000 bei der letzten Berufszählung ermittelt worden, sind trotz der Heranziehung ausländischer Arbeiter 1907 um fast 400 000 geringer an Zahl als die bei der vorhergehenden Berufszählung ermittelten männlichen Lohnhilfskräfte. Von den übrigen 8,3 Millionen männlichen Lohnarbeitern und Dienenden sind 7 Millionen in Industrie und Bergbau, 1 Million in Verkehr und Handel beschäftigt. Von den insgesamt 4,7 Millionen Lohnarbeitenden Frauen finden sich 1,46 Millionen in der Industrie, 1,41 Million in Land- und Forstwirtschaft und 1,25 Million im Dienstbotenberuf.

Durch Eingehen auf die Altersgliederung der Lohnarbeitererschaft wird schließlich gezeigt, daß sich die ziffermäßige Ueberlegenheit der Arbeitererschaft über die Gruppe der Selbständigen aus der Breite der Schicht der im Alter von unter 30 Jahren stehenden Arbeiter ergibt. Innerhalb der Gruppe der über 50 Jahre alten Erwerbstätigen finden sich mehr Selbständige als Lohnarbeiter. An über 40 Jahre alten männlichen Arbeitern beschäftigen Land- und Forstwirtschaft 600 000, die übrigen Erwerbszweige 2 Millionen; an unter 40 Jahre alten dagegen zählt die Land- und Forstwirtschaft 1,3 Million Männer, die übrigen Berufe weisen 6,26 Millionen männlicher Hilfskräfte dieses Alters auf. Im ganzen sind etwa ein Viertel der Lohnarbeitenden Männer über 40 Jahre alt, drei Viertel aber stehen unter dieser Altersgrenze.

Unser Handel mit Frankreich zeigt eine recht erfreuliche Zunahme der deutschen Güterausfuhr in das westliche Nachbarland. Die Handelszahlen vom 1. Vierteljahr 1913, denen wir zum Vergleich die vom 1. Vierteljahr 1912 gegenüberstellen, liegen in der Warenausfuhr nach Frankreich folgendes Bild. Frankreich erhielt Waren vom:

	I Quartal 1913	I Quartal 1912	Differenz
England	279 500 000	256 171 000	+ 32 329 000
Vereinigte Staaten	254 840 000	298 414 000	- 43 574 000
Deutschland	231 275 000	228 951 000	+ 2 324 000
Belgien	130 991 000	123 515 000	+ 7 476 000
Argentinien	119 221 000	74 010 000	+ 45 211 000
Rußland	118 160 000	95 276 000	+ 22 884 000
Algerien	66 424 000	116 712 000	- 50 288 000

Das ergibt eine Gesamtzunahme für Frankreich von 2 066 287 000 Franken im ersten Vierteljahr 1913 gegen 2 034 963 000 Franken im ersten Vierteljahr 1912. Die französische Warenausfuhr stellt sich in den gleichen Zeitabschnitten wie folgt: Frankreich lieferte Waren nach:

	I Quartal 1913	I Quartal 1912	Differenz
England	353 387 000	300 631 000	+ 52 756 000
Belgien	260 296 000	250 247 000	+ 10 049 000
Deutschland	202 824 000	197 036 000	+ 5 788 000
Algerien	140 411 000	117 232 000	+ 23 179 000
Vereinigte Staaten	125 673 000	89 241 000	+ 36 432 000

Die diese Zahlen zeigen, hat der deutsche Warenebzug aus Frankreich eine Steigerung von 5,8 Mill. Franken erfahren. Die Ausfuhr deutscher Waren nach Frankreich ist aber um 22 1/2 Mill. Franken gestiegen. Das ist eine für das deutsche Reich hoch erfreuliche Entwicklung. Man konnte den diesjährigen Handelszahlen deshalb mit einiger Spannung entgegensehen, weil seit dem Wiedereintritt der großen Spannung, die auch jetzt noch zwischen den beiden großen Nachbarländern besteht, überzogene französische Patrioten den Vorstoß propagierten, die deutschen Waren zu boykottieren. Die die obigen Zahlen beweisen, hat dieses chauvinistische Treiben erfreulicherweise einen Erfolg nicht gehabt.

Soziale Wahlen.

Stiel, 7. Juni. Bei der Gewerbegerichts-wahl am Freitag wurden die Kandidaten der christlich-nationalen Arbeitererschaft mit 107 gegen 28 Stimmen der sozialdemokratischen Gewerkschaften gewählt. Bemerkenswert ist bei dieser Wahl, daß die Liste der christlich-nationalen Arbeitererschaft 30 Stimmen gegenüber der letzten Wahl vor zwei Jahren mehr erhielt, während die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Gewerkschaften um 45 zurückging.

Gerichtliches.

Der Strohmänn im Baugewerbe. In das dunkle Gewerbe der Dauschwindler leuchtete ein Prozeß, der jetzt vor dem Reichsgericht seinen Abschluß gefunden hat. Es handelte sich um einen Prozeß des Regle-

